

Murauer Stadtblatt.

Behördliches Organ für die Stadt und den Amtsbezirk Mura.

Erscheint jeden Sonnabend.

Anzeigen und örtliche Berichte für das „Murauer Stadtblatt“ werden bis Donnerstag mittag jeder Woche an die Buchdruckerei von Marek & Martin in Trebnitz in Schlesien erbeten.

Bezugspreis:

Vierteljährlich bei Vorantritt von der Post 3.00, nach dem Austräger die Nummer 30 Pf.

Anzeigenpreis:

Bei einmaliger Aufnahme die kleine Zeile 50 Pf., bei Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 27.

Sonnabend, den 2. Juli

1921.

Tag.	Datum.	G.M.	G.H.	Mond-Aufgang.	Mond-Untergang.
Sonntag	3. Juli	3.52	8.15	vorm. 2.4	nachm. 5.49
Montag	4. "	3.53	8.14	" 2.58	" 6.50
Dienstag	5. "	3.54	8.14	" 4.2	" 7.44
Mittwoch	6. "	3.55	8.14	" 5.15	" 8.29
Donnerstag	7. "	3.56	8.13	" 6.33	" 9.7
Freitag	8. "	3.56	8.13	" 7.53	" 9.39
Sonnabend	9. "	3.57	8.12	" 9.2	" 10.9

Man muß sich selbst ändern,
wenn sich's ändern soll.

Liebe ist der beste Lehrer.

Hundertjähriger Kalender.

Juli bringt in der ersten Hälfte viel unbeständiges Wetter, worauf
schönes Sommerwetter eintritt, gegen Ende stellen sich wieder Regenschauer ein.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Auf strenge Beachtung der viehseuchenpolizeilichen Anordnung hinsichtlich der über Mura, Kol. Raake und Walke bis 15. September d. J. verhängten Hundesperre (Kreisblatt vom 18. d. M.) wird hiermit hingewiesen.

Mura a. T., den 20. Juni 1921.

Die Polizei-Verwaltung.
Engel.

Kleine Zeitung, für eilige Leser.

* Dem Reichsrat liegt ein Gesetz vor über die Zulassung von Frauen als Schöffen und Geschworene.

* Nach achtjähriger Unterbrechung findet in diesem Jahre, und zwar vom 27. bis 30. August in Frankfurt a. M., wieder ein Katholikentag statt.

* Der Völkerrundrat in Genf erkannte die Souveränität über die Ålänndinseln Finnland zu.

* Der Jahrestag der ersten Völkerrundratsversammlung wurde durch eine große Kundgebung in London gefeiert. Unter anderen nahmen Erzbischof von Canterbury und Lord Robert Cecil das Wort.

* Der diesjährige Sozialdemokratische Parteitag ist auf Sonntag, 13. September, nach Götting einberufen.

* Die Reichsverbände in Polen und Westpreußen durch die Polen dauern. Die Unruhen tragen teilweise antisemitischen Charakter. Zahlreiche deutsche wohlhabende Familien flüchten.

* Der englische Schatzkanzler gab im Parlament bekannt, daß Deutschland bisher mehr als sechs Milliarden Goldmark als Wiedergutmachung gezahlt habe.

* Eine demokratische Interpellation im bayerischen Landtage beantragte die amtliche Befestigung und Bekanntgabe der feindlichen Kriegsverbrechen.

* Danzig erhält keine polnische Garnison, doch kann der Oberkommandant, falls er es für nötig hält, polnische Truppen heranziehen.

* Großbritannien beschäftigt, bei der Erneuerung des Vertrages mit Japan jede Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens gegen Amerika auszuschließen.

* Die britische Regierung hat nach Untersuchung der Sachlage entschieden, daß keinerlei Verantwortung vorliege, in Berlin wegen des geplanten Baues eines deutschen leichten Kreuzers Einspruch zu erheben.

* Der amerikanische Arbeiterbund faßte eine Entschließung zugunsten eines vollständigen Ausschlusses der Japaner und der anderen Orientalen aus den Vereinigten Staaten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Auslieferung des Flugmaterials.

Wie in Berlin bekannt wird, hat die Völkerrundratsversammlung in Paris nunmehr ihre Entscheidung in der Frage der deutschen Flugzeugindustrie getroffen. In kürzester Frist ist das gesamte Luftfahrtmaterial, was in Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages hergestellt war, von der deutschen Regierung zu beschlagnahmen und auszuliefern. Eine Stilllegung des gegenwärtigen deutschen Luftverkehrs kommt nicht in Frage. Die internationalisierte Militär-Kontrollkommission hat seinerzeit 149 Militär-Flugzeuge für den deutschen Zivil-Luftverkehr freigegeben. Dieser Bestand bleibt der Luftfahrt erhalten.

Polnische Hafensysteme in Danzig.

In der Frage der freien Durchfahrt für Polen durch Danziger Gebiet wurde zwischen dem polnischen Vertreter und dem Vertreter von Danzig in Genf völlige Einigung erzielt. Der Hafenrat wird der polnischen Regierung außerhalb der Stadt an der Weichsel ein Gelände zuweisen, das als Umschlagplatz für polnisches Kriegsmaterial dienen soll und auf dem den Polen gestattet ist, zur Ausführung der notwendigen Sicherungsmaßnahmen bewaffnete uniformierte Mannschaften zu halten. — Der Völkerrundrat hat beschlossen, daß jede Fabrikation von Waffen, Jagdgewehre einbezogen, in Danzig unverzüglich eingestellt werden soll.

Keine polnische Garnison in Danzig.

Der Völkerrundrat hat die Forderung Polens, ihm die militärische Verteidigung Danzigs zu übertragen, nicht genehmigt und den Antrag des Grafen Tshii angenommen, wonach „Polen zur Übernahme der Verteidigung Danzigs zu Lande besonders bestimmt wird, wenn zur Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Gebiete der Freien Stadt die lokale Polizei nicht ausreicht sollte. Zu

diesem Zweck wird der Oberkommandant von Danzig gegebenenfalls den Völkerrundrat um Instruktionen ersuchen, und wenn es ihm geboten erscheint, Vorschläge über die zu treffenden Maßnahmen unterbreiten.“ Danach ist es also völlig in die Hand des jeweiligen Oberkommandanten gegeben, ob er polnische Truppen herbeiführen will. Dagegen wird eine ständige polnische Garnison in Danzig nicht zugelassen.

Buchende Übergriffe der Besatzungsstruppen.

Staatspräsident Ulrich sagte im heftigen Landtag, es sei richtig, daß seit etwa einem Monat die Zahl der Besatzungsstruppen wesentlich erhöht worden sei. Die Besatzung, welche die Bewohner hierdurch erführen, habe außerordentlich zugenommen. Der Staatspräsident erklärte ferner, daß die Übergriffe einzelner Soldaten gegen Ehre, Leben und Gut der Bevölkerung im besetzten Gebiet sich in den letzten Wochen auffallend vermehrt hätten. Die heftigste Regierung habe die Reichsregierung bei allen schweren Fällen ersucht, von der französischen Regierung ein angemessenes Sühnegeld zu fordern.

Kostenanstand für die Schutzpolizei.

Im Hauptanlaß des Preussischen Landtages teilte Minister Domagala mit, daß bei den Einnahmen für die Schutzpolizei noch ein Fehlbetrag von 800 Millionen Mark vorhanden sei. Das Reich habe eine Erhöhung seines Zuschusses abgelehnt. Man solle 300 Millionen Mark erspart werden durch Verringerung des Solis der Schutzpolizei von 65 000 Mann auf ihre tatsächliche Stärke von 54 000 Mann. Die Haushaltsvorläufe seien nur vorläufig. Voraussichtlich werde ein Nachtragshaushalt endgültig Klärung bringen.

55 Millionen Versicherungsgeld für Elsaß-Lothringen.

Der Rat des Völkerrundrates hat die Vorschläge der Kommission über die Regelung für die Übertragung von Versicherungen, die das Deutsche Reich auf Grund der sozialen Versicherungsgeetze für Elsaß-Lothringen zurückgelegt hatte, gutgeheißen. Die Kommission hat mit allen Stimmen den Wert dieser Versicherungen am 31. Dezember 1920 auf 55 Millionen festgesetzt. Die erste Rate davon soll Deutschland am 1. Juli zahlen.

Handwerkertag in Hamburg.

Der Nordwestdeutsche Handwerkertag hat unter Beilegung von 30 000 Meistern in Hamburg eine Sitzung abgehalten, an die sich auch ein Demonstrationzug angeschlossen. In der Delegiertenversammlung wurde das deutsche Handwerk aufgefordert, nur deutsche Waren und Halbfabrikate zu kaufen und zu verkaufen. Feindbündwaren dürfen in keiner deutschen Handwerksverfälschung zu finden sein. Der Nordwestdeutsche Handwerkertag hält ferner eine grundsätzliche Nachprüfung der gesamten Reichs- und Landesverfassung für unbedingt erforderlich, insbesondere der Gewerbe- und Lohnsteuer, um schwere volkswirtschaftliche Schädigungen, vor allem des Handels, zu verhindern. Weitere Entschlüsse richteten sich gegen das Pfuschertum, das Wandergewerbe, das Bergunwesen, die städtischen Regiebetriebe. Die öffentliche Handwerkerversammlung erhob Protest gegen das angekündigte wirtschafts- und steuerpolitische Programm zur Durchführung des Ultimatus vom 10. Mai. Das Handwerk sei voll bereit, an der Erfüllung der Bedingungen, soweit es in seinen Kräften steht, mitzuarbeiten. Es wehre sich aber mit Entschiedenheit dagegen, daß in vollständiger Verkennung der Tatsache, daß die Erfüllung der Bedingungen nur durch Steigerung der Produktion möglich ist, die Voraussetzungen erschwert werden.

Bereinsung der Einkommensteuer.

Dem Reichstage ist der bereits bekannte Entwurf eines Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn zu gegangen. Als Arbeitslohn gelten auch Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenpensionen u. dergl. Übersteigt das steuerpflichtige Einkommen nicht den Betrag von 24 000 Mark, so soll es einer besonderen Veranlagung nicht mehr bedürfen; die Steuer gilt als getilgt. Übersteigt das steuerbare Einkommen nicht den Betrag von 24 000 Mark, so soll es sich aber außer aus Arbeitslohn aus sonstigem Einkommen über 300 Mark zusammen, so wird nur das sonstige Einkommen veranlagt. Die Veranlagung kann in besonderen Fällen trotzdem beantragt werden.

Deutsch-Österreich.

* Die Volksabstimmung in Steiermark zurückgezogen. In der letzten Sitzung des steierischen Landtages entspann sich auf den Antrag auf Zurückstellung des Beschlusses, betreffend die Vornahme einer Volksabstimmung über den Anschluß an Deutschland eine längere Debatte. Vorher Abstimmt wurden die Sozialdemokraten den Saal. In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag auf Zurücknahme mit 29 christlichsozialen gegen 15 Stimmen der Großdeutschen und des Bauernbundes angenommen.

Schweiz.

* Entscheidung des Völkerrundrates über die Ålänndinseln. Die nunmehr getroffene Entscheidung umfaßt fünf

Bestimmungen. Danach wird die Souveränität Finnlands über die Inseln anerkannt. Empfohlen wird die Neutralisierung und Nichtbefestigung, Garantien für die Erhaltung der schwedischen Sprache. Der Rat des Völkerrundrates behält sich die Kontrolle der von ihm empfohlenen Maßregeln vor.

Bulgarien.

* Die Entente gegen harte Kapitalbesteuerung. Wie aus Sofia gemeldet wird, hat die Interalliierte Kommission der bulgarischen Regierung zu verstehen gegeben, daß sie gegenüber der Einführung einer Kapitalsteuer, die das Kapital bis zur Hälfte seines Wertes in Mitleidenhaft jage, nicht gleichgültig bleiben könnte, da eine derartige Maßnahme die im Besitz der Alliierten befindliche Hypothek auf Bulgarien gefährden und die Wiedererhebung des Landes behindern müßte. Die Interalliierte Kommission habe die Regierung ersucht, die Beratungen über diesen Entwurf vorläufig aufzuschieben.

Großbritannien.

* Noch immer die Leipziger Prozesse. Im Unterhause erklärte der Generalstaatsanwalt Sir Pollock, mehrere englische Zeugen aus den Leipziger Prozessen hätten bei der englischen Regierung Vorstellungen bezüglich der Art erhoben, in der ihre Befundungen behandelt worden seien. Sobald die gegenwärtige Reihe der Leipziger Prozesse zum Abschluß gelangt sei, sei beabsichtigt, mit den anderen Mächten in Erwägungen über das weitere Vorgehen gegen die Kriegsschuldigen einzutreten; indessen sei einseitigen noch nicht geplant, bei der deutschen Regierung Vorstellungen zu erheben.

* Die irischen Unruhen. Ein Militärzug mit 104 englischen Husaren, die bei der Anwesenheit des Königs in Belfast als Eskorte gedient hatten, fuhr auf eine Mine und entgleiste. Drei Soldaten wurden getötet, vier sind verwundet, zahlreiche verletzt. Viele Pferde wurden getötet. Wäre die Mine wenige Sekunden früher explodiert, so wäre der vordere Teil des Zuges, der mit Soldaten voll besetzt war, vernichtet worden. Ein Telegramm aus Belfast meldet, daß die Soldaten zwei Männer, die von der Unfallstelle fortliefen, erschossen haben. — Einseiner er mordeten zwei Hilfspolizeibeamte in einer der belebtesten Geschäftsstraßen in Dublin. Die Mörder entkamen.

Nordamerika.

* Naturalisierte Deutsche. Zum erstenmal seit der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Deutschland und Österreich-Ungarn sind wieder Angehörige der genannten Staaten in größerer Zahl in den Staatsbürgerverband der Vereinigten Staaten aufgenommen worden, und zwar geschah das in New York, wo 341 Männer und Frauen den Bürger Eid ablegten. Bis dahin waren Angehörige der genannten Staaten nur ganz vereinzelt und nur auf unmittelbare Veranlassung des Präsidenten eingebürgert worden. Auf Grund des neuen Einwanderungsgesetzes dürfen jährlich nur 3 Prozent der bereits 1910 in den U. S. A. lebenden Angehörigen desselben Staatsvolkes einwandern, das sind im Juni für Deutschland 5219 Personen.

Aus- und Ausland.

Berlin. Der Berliner Lehrer-Gesangsverein hat eine Einladung zu einer Konzertreise nach Nordamerika erhalten. Die Vorbereitungen sind im Gange.

Wien. In der Nähe der Stadt Breßlau ist ein Schlepper mit 65 Waggons Weizen gesunken und die Besatzung von 6 Mann ertrunken.

München. Nach einer vom zweiten Bürgermeister vorgelegten Übersicht hat die Stadt München durch den letzten Generalstreik einen Schaden von fast einer halben Million Mark erlitten.

Berlin. Das Luftschiff „Bodensee“ wird nach Italien abgeleitet werden. Mit seiner Überführung in die Luftschiffhalle von Capriane bei Rom wird Deutschland kein Ballonluftschiff mehr besitzen.

London. Das größte Luftschiff der Welt, „R 38“, hat seine Probefahrt mit 48 Passagieren gemacht. „R 38“ ist von einer amerikanischen Gesellschaft gekauft worden und wird selbständig auf dem Luftwege nach Amerika geführt werden. Die Probefahrt hat den besten Erfolg gezeigt. „R 38“ ist 231 Meter lang, mit einem Durchmesser von 28 Metern und einem Inhalt von 72 000 Kubikmetern. Es übertrifft also die Zeppelin-Luftschiffe „L 51“ und „L 52“ um 8000 Kubikmeter. Es besitzt sechs Motore von je 350 Pferdestärken und hat 28 bis 32 Personen Besatzung.

Brüssel. Das belgische Kolonialministerium erhielt Nachrichten aus dem Kongo, daß der Regent auf eine weitere Ausbreitung genommen habe. Die Regent haben ein eigenes Heer gebildet und verfügen über Waffen und Munition in ausgedehntem Umfang.

London. Die drei deutschen Torpedoboote „M 63“, „M 64“ und „M 108“ sind an die polnische Regierung verkauft worden und werden nächste Woche Gdynia mit der Bestimmung nach Danzig verlassen.

London. Aus Anlaß des zweiten Jahrestages der Gründung des Völkerrundrates fanden in London im Hyde-Park große Kundgebungen statt. Alle 48 Nationen des Völkerrundrates waren vertreten.

Nach und Fern.

○ Verhandlungen zwischen Belgien und Deutschland über Kriegergräber. Abgeordnete des deutschen und des belgischen Kriegsministeriums sind zusammengetreten, um über die Ausgrabung der in Belgien begrabenen deutschen Soldaten und der in Deutschland begrabenen belgischen Soldaten und Bürger zu beraten. In Belgien sind 122 000 Deutsche, in Deutschland 2200 Belgier begraben. Von deutscher Seite wurde, wie belgische Mäler berichten, entgegnet, daß man nicht über die Mittel zur Überführung nach dem Vaterland verfüge. Die Belgier erklärten danach, daß vor dem Abschluß einer Vereinbarung kein einziger Deutscher übergeführt werden dürfe und der Zustand der Gräber unverändert bleiben müsse.

○ Wieder Ostoberfest. Vom 17. September bis 2. Oktober wird in München das Ostoberfest in seinem vollen Umfange wie vor dem Kriege stattfinden. Auch die landwirtschaftliche Ausstellung, die stets mit dem Ostoberfest verbunden war, soll zu neuem Leben erstehen.

○ Johannes Brahms' Geburtshaus in Hamburg ist durch einen Kaufvertrag in den Besitz des Hamburgischen Staates übergegangen, da die deutsche Brahms-Gesellschaft, die das Haus vor dem Kriege angekauft hatte, nicht mehr in der Lage war, die Kosten der Instandhaltung des Grundstücks zu tragen.

○ Der Sieger im Deutschen Derby. In dem in Hamburg auf dem Horner Rennplatz gelaufenen Deutschen Derby wurde „Eben“ aus dem Stable Weinberg Sieger. Der Totalisator zahlte auf Sieg 30, auf Platz 168 aus. Zweiter wurde der Stallgefährte des Siegers, „Ossian“, dritter „Perikles“.

○ Studenten, die um Arbeit bitten. Das Berufsamt des allgemeinen Studentenausschusses in Marburg erläßt einen Aufruf, in dem es heißt: „Hunderte von Studenten sind brotlos, der größte Teil der Studentenschaft muß hungern. Vergeblich wenden sie sich an unsere Geschäftsstelle, wir können ihnen keine Arbeit nachweisen. Unsere akademische Jugend führt ein Leben, das in kurzer Zeit dem Armin entgegenführen muß.“ Am Schluß bittet die Studentenschaft um Arbeit, auch körperliche.

○ Die Zahl der Todesopfer des Schlagwetterunglücks auf See bei Mont Genis hat sich um zwei weitere, ihren schweren Verletzungen erlegene Opfer vermehrt. Von den übrigen im Vergewaltigung im Boot befindlichen Schwerverletzten schweben noch sechs in Lebensgefahr.

○ Zunahme des deutsch-amerikanischen Reiseverkehrs. Der Passagierverkehr von Hamburg nach den Vereinigten Staaten und von dort nach Hamburg hat riesig zugenommen. In augenfälliger Weise ist die Zahl derer, die noch im letzten Jahre zur Besichtigung der Schlachtfelder und Gräber nach Europa kamen, gegen die Zahl der Geschäftsreisenden zurückgegangen. In den ersten 2½ Monaten dieses Jahres erfuhr der Atlantische Reiseverkehr gegenüber dem Vorjahre einen starken Rückgang. Seitdem aber ist eine entschiedene Zunahme zu bemerken, und alle großen Dampfer sind bis Mitte Juli sehr stark belegt.

○ Von einem Marokkaner beraubt. Aus Mainz wird gemeldet, daß auf der Landstraße bei Kellertbach spät abends ein taubstummer Arbeiter von einem marokkanischen Soldaten angehalten, mit dem Bajonett bedroht und so zur Herausgabe seiner Brieftasche mit 70 Mark gezwungen wurde. Der Angeklagte lenkte vor dem Gericht, wurde aber, da der überfallene ihn mit Bestimmtheit wiedererkannte, wegen räuberischer Erpressung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

○ Falsche Reichsbanknoten zu 10 Mark. Von den Reichsbanknoten zu 10 Mark mit dem Datum vom 6. 2. 1920 ist eine Fälschung aufgetaucht, die als solche an den nachstehend aufgeführten hauptsächlichsten Merkmalen zu erkennen ist. a) Papier: Das Wasserzeichen fehlt. Der kupferbraune Faserstreifen ist durch schwachen Strichdruck ersetzt vorgefälscht. (Striche sind im Gegensatz zu den Fasern des echten Faserstreifens mit einer Nadel zu entfernen.) b) Vorderseite: Im graubraunen Druck fehlen unter den Worten „Reichsbanknote“ des oberen Feldes und „Reichsbankdirektorium“ des unteren Feldes die hellen Zierranken. Die hellen Zierranken in den dunkelbraun getönten Eckfeldern — mit Zahlen 10 — sind auffallend dick und unregelmäßig nachgebildet. c) Rückseite: In der Mitte der Verzierung unter dem rechten Mittelsteld sind die auf echten Noten deutlich sichtbaren kleinen Buchstaben „mb“ durch einen Schnörkel — ähnlich einem „A“ — ersetzt. Vor Annahme dieser Nachahmungen wird gewarnt.

○ Der erste deutsche Gemeindefürsorgetag. Unter zanzreicher Beteiligung von Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden und der Ärzteschaft trat in der Berliner Charité der erste deutsche Gemeindefürsorgetag zusammen. In einer Eröffnungsansprache gab Stadtmedizinalrat Geh. San.-Rat Dr. Rabnow der Genugtuung Ausdruck, daß die Behörden den Arbeiten dieser Tagung so großes Interesse entgegenbringen. Dann sprach Prof. Dr. Grotzahn-Berlin über die Zusammenfassung des öffentlichen Gesundheitswesens. Er kam zu der Forderung, daß dem bestehenden Reichsrat durch Schaffung von allgemeinen Gesundheitsämtern abgeholfen werden müsse. Über die Aufgaben des Gesundheitsamtes sprach Professor Dr. Krautwig-Böln. Dem Aufbau eines Gesundheitsamtes schilderte Dr. Pfeiffer-Hamburg. Stadtrat Dr. Silberstein-Neußlin sprach über die Stellung des Gesundheitsamtes innerhalb der Jugendwohlfahrtspflege.

○ Raucherkrankungen nach dem Genuß verdorbener Speisen. In Hirschberg erkrankten nach dem Genuß von rohem Schabefleisch etwa 50 Personen an Vergiftungserkrankungen. Todesfälle sind nicht vorgekommen. — Auf einer Bauernhochzeit in Borlänge in Schweden erkrankten das Brautpaar, der Geistliche und vierzig von ungefähr hundert Gästen an einer scharlachähnlichen Krankheit, die wahrscheinlich auf Vergiftung zurückzuführen ist.

○ Verhaftung ungarischer Banknotenfälscher. Die Polizei in Budapest hat ein vielköpfiges Konfession entdeckt, das acht Millionen mit falschen ungarischen Stempeln versehene Banknoten in die neue Währung umzuwechseln wollte. Die gefälschten Noten sollen aus Wien stammen. Zwölf verdächtige Personen wurden verhaftet; eine ist flüchtig.

○ Erdschütterungen auf Sizilien. In Messina und Umgebung haben sich in den letzten Tagen die Erdstöße mehrfach wiederholt. Den erdbebenartigen Erschütterungen gingen laute unterirdische Geräusche voraus. Verweise an Menschenleben oder Sachschaden sind bisher nicht zu beklagen gewesen. Inzwischen flieht die Bevölkerung zu Tausenden in panischem Schrecken, da sie eine Wiederholung des vor Jahren über Messina hereingebrochenen Erdbebenungs befürchtet.

○ Tausend deutsche Badebetriebe geschlossen. Die Auswirkungen des Krieges auf die deutschen Privatbadeanstalten kamen auf der in Hagen i. W. abgehaltenen Hauptversammlung des Reichsverbandes der Besitzer und Leiter von Badeanstalten zum Ausdruck. Die Zahl der deutschen Badeanstalten, die durch die wirtschaftlichen Notie zur Schließung ihres Betriebes gezwungen waren, reicht bereits bis an die Tausend.

○ Der Millionendiebstahl auf Schloss Kroffen. Einbrecher suchten im Februar d. Js. in Kroffen a. O. die Wohnung des verstorbenen Landesdirektors und Präsidenten des Herrenhauses Freiherrn von Mantuffel heim. Sie erbeuteten wertvolles Silberzeug, darunter auch alte Erbschätze der Familie. Einem Privatdetektiv gelang es jetzt, die Frau eines Kutschers, der früher auf Kroffen beschäftigt war, der Mitschuld an dem Einbruch zu überführen und zu verhaften. Andere Verhaftungen stehen bevor.

○ Viermal zum Tode verurteilt und doch begnadigt. Der vierfache Mörder Paul Strogalsky aus Zernitz in der Westpreußen, der auf bestialische Art seinen betagten Vater, zwei Brüder und die Schwester ermordete und vom Schwurgericht in Neuruppin viermal zum Tode verurteilt wurde, ist zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden.

○ Silberdiebstahl im Schloß Herleshausen. In das landgräfliche Schloß Herleshausen in Kurbessen, den Wohnsitz des Landgrafen Chlodwig von Hessen, wurde ein schwerer Einbruch verübt. Den Einbrechern fielen Silbergegenstände, zumeist Erbschätze von hohem Wert, in die Hände.

○ Gräberfund aus der Bronzezeit. Ein Gutsbesitzer bei Claus-Neuhausen im Memelland stieß beim Pflügen auf Gräberstätten, die höchstwahrscheinlich aus der Bronzezeit stammen. In Steinhöhlen, die etwa ein Meter tief sind, fand man Skelette mit Armingen sowie Beile und Lanzenspitzen aus Bronze. In einer Ecke der steinernen Grabkammer lagen Bernsteinperlen.

○ Großer Brand in der See bei Mont Genis. In der Kaserne der See bei Mont Genis brach nach der Schlagwetterkatastrophe ein großer Brand aus. Alle Wehren der umliegenden Felsen wurden zu Hilfe gerufen. Der angerichtete Schaden ist bedeutend.

○ Entdeckung einer Geldfälscherbande. Die Kriminalpolizei in Magdeburg hat eine große Fälschungsbande aufgedeckt, die falsche 5-Mark-Scheine in Umlauf setzte. Sechs Mitglieder der Bande wurden verhaftet und Maschinen und Platten beschlagnahmt.

○ Leipziger Universitätswoche. In der Aula der Leipziger Universität ist die Leipziger Universitätswoche feierlich eröffnet worden. Neben etwa 1000 Deutschen und rund 300 Ausländern aus allen besetzten Ländern Europas nahmen auch Gäste aus den ehemals feindlichen Staaten, Italien, Japan und den Vereinigten Staaten, daran teil. Der Rektor der Universität ließ die Erschienenen herzlich willkommen heißen, wobei er besonders die Vertreter der Universitäten Madrid und Sofia begrüßte.

○ Siebenhundertjahrfeier von Bad Salzbrunn. Der siebenhundertjährige Geburtstag feierte die Stadt Bad Salzbrunn. Es war eine große Anzahl von Vertretern der Behörden zu der Feier gekommen. Bei der Eröffnung der Feierlichkeiten übermittelte Oberpräsident Rißer im Namen der preussischen Staatsregierung Wünsche für die weitere Entwicklung Salzbrunns.

○ Geraubte und wiedergefundene Edelsteine. Die Kriminalpolizei in Frankfurt a. M. verhaftete einen Hehler, der 174 Edelsteine, die aus dem im vorigen Jahre verübten Einbruch in der Marburger Elisabethkirche herühren, bei sich hatte. Die Verhaftung erfolgte, als der Hehler, von England kommend, wo er die Steine seit Weihnachten vorigen Jahres verborgen hatte, die deutsch-holländische Grenze überschreiten wollte. Insgesamt sind damals 194 Edelsteine und Perlen geraubt worden.

○ Papstpende für die notleidenden deutschen Akademiker. Zugunsten des Hilfsvereins für kriegsranke deutsche Studierende hat der Papst 200 000 Lire gespendet. Geplant ist die Einrichtung einer Lungenheilstätte in der Nähe von Brigen. Anmeldungen sind zu richten an das Fürsorgebureau des Hilfsvereins, Leipzig, Ritterstraße 8.

○ Gegen den Ausschluß der deutschen Wissenschaft. Der internationale Chirurgenkongreß hatte 1920 den Beschluß gefaßt, die deutschen Chirurgen auszuschließen. In der „Schweizerischen Medizinischen Wochenschrift“ erscheint jetzt ein von einer großen Anzahl Schweizerischer Chirurgen unterschriebener Aufruf, der gegen den Ausschluß der deutschen Chirurgen protestiert.

○ Amerikanisches Wunder. Zwei amerikanische Militärflieger sind nach einer Chicagoer Meldung aus einer Höhe von 3500 Metern ins Wasser gestürzt und haben nur leichte Verwundungen davongetragen. Der Unfall wurde erst bekannt, als die Flieger in der nächsten Stadt anlandeten, nachdem sie in einem Ruderboot 80 Kilometer zurückgelegt hatten.

○ Schwere Unfälle in der amerikanischen Marine. Aus New York wird gemeldet, daß bei den Vorbereitungen zu den Flottenmanövern der amerikanischen Marine, bei denen frühere deutsche U-Boote vernichtet wurden, zahlreiche Unglücksfälle vorgekommen sind. Es haben dabei 22 Marineoffiziere und Mannschaften ihr Leben eingebüßt.

○ Die Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten. Die letzte Volkszählung in den Vereinigten Staaten hatte folgendes Ergebnis: 94 822 431 Weiße, 10 463 013 Neger, 242 959 Indianer, 111 023 Japaner und 9485 andere Farbige. Von den Japanern wohnen allein 71 952 in Kalifornien.

○ Hinrichtung durch die Reichswehr. In Rempten im Allgäu wurde durch eine Reichswehrabteilung das Todesurteil gegen den 37jährigen Fuhrmann Schichtl und den 23jährigen Hans Kessel durch Erschießen vollstreckt. Die beiden hatten die Ehefrau Schichtls auf grausenhafte Weise ermordet.

○ Epidemien in Rußland. Von Sibirien und Persien aus hat sich die Lungenpest bis zum südöstlichen Teil von Sowjetrußland ausgebreitet, und die Cholera greift in den südlichen und mittleren Gouvernements immer mehr um sich. Ebenso fordert die Malaria infolge der in diesem Jahre ungewöhnlich großen Mädenschwärme zahlreiche Opfer.

○ 1500 Todesopfer eines Wollenbrandes. Die amtliche Zählung der bei der großen Wollenbrandkatastrophe in Pueblo (Colorado, Vereinigte Staaten) ums Leben gekommenen Menschen hat 1500 Tote ergeben. Der amtlich festgestellte Sachschaden beträgt 20 Millionen Dollar.

○ Die Schulden des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen. In der Streitfrage des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen und der Preussischen Regierung ist nach langen Verhandlungen ein Vergleich abgeschlossen worden. Die Regierung hat sich verpflichtet, als Voranschuss auf die Entnahmen aus den von ihr beschlagnahmten Liegenschaften des Prinzen sämtliche Schulden, die der Prinz in Lugano gemacht hat, ausgenommen zwei Beträge von je 200 000 Frank, die als erste Hypotheken auf den beiden Villen des Prinzen in Lugano stehenbleiben, zu bezahlen. Diese Vorzahlungen sollen etwa 1 400 000 Frank betragen. Der Prinz hat sich dagegen verpflichtet, Lugano noch im Laufe dieses Monats zu verlassen. Er wird sich zunächst nach seinen österreichischen Besitzungen begeben und dann voranschüsslich auf der jetzt beschlagnahmten Besitzung Blatow-Krojanke Wohnsitz nehmen.

○ Bau eines Riesenschiffes. In England wird ein neues Luftschiff von riesigen Dimensionen, das für den Verkehr nach Ägypten bestimmt ist, gebaut. Das Luftschiff wird 150 000 Kubikmeter Gas fassen und imstande sein, 50 Passagiere und 13½ Tonnen Fracht zu transportieren. Es soll die Strecke nach Ägypten in 40 Stunden ohne jede Zwischenlandung zurücklegen.

○ Eine Negerkirche in Brand gesteckt. Aus Washington wird gemeldet: In Antreville (Staats Carolina) wurde eine große Menschenmenge eine Negerkirche in Brand. Man vermutet in den Tätern Personen, die vor einigen Tagen Häuser von Negern in Flammen aufgehen ließen. Als Ursache wird die Ermordung eines zwölfjährigen Weißen durch einen Neger angegeben.

○ Größter in einer Bleistiftfabrik. Bei der Hallschen Bleistiftfabrik gehörte ein Größter, einen Teil der Bleistiftfabrik sowie ausgedehnte Lagerplätze. Der Schaden ist sehr erheblich. Die Bleistiftfabrikation ist vollständig unterbrochen.

○ Abreise deutscher Kriegsschiffe. In den Industriezentren werden zurzeit abgewandt: „Hull“, „Stein“, „Gazelle“, „Kreuzer“, „Trene“ und über 20 Torpedoboots. Aus den Kreuzern „Stettin“, „Wittelsbach“ und „Kaiser Wilhelm II.“ werden die Möbel entfernt und für Marinezwecke umgebaut.

○ Einweihung eines Goethehauses. In Schierke in Harz fand in Gegenwart zahlreicher Vertreter der Behörden, der Literatur und Presse sowie der Kunstwelt die feierliche Einweihung eines Goethehauses statt. Goethe ließ bekanntlich im „Faust“ einen Teil der Walpurgisnacht zwischen Schierke und Glend spielen.

○ Kommerzienrat von Drehe gestorben. In Baden-Baden ist nach längerer schwerer Krankheit der Enkel des Erfinders des Zündnadelgewehrs, Kommerzienrat von Drehe, gestorben. Er war der Gründer des großen Werra-Werkes bei Kreuzburg in Thüringen.

○ U-„Deutschland“ nicht in den Grund gebohrt. Aus Lloyd's List geht hervor, daß die Havasmeldung, wonach das Handelsunterseeboot „Deutschland“ bei einer Schließung in den Grund gebohrt sein soll, nicht zutrifft. Das Schiff befindet sich jetzt in Wickenhead bei Liverpool im Bod.

○ Eine Stiftung Luthers gefährdet. Das Luthergymnasium in Eisleben, das Martin Luther kurz vor seinem Tode gegründet hat, soll wegen Mangel an Mitteln aufgehoben werden. Frühere Schüler des Gymnasiums sowie zahlreiche Bürger von Eisleben und den Nachbarorten haben sich in dem Bestreben, die alte Pflanzstätte humanistischer Bildung zu erhalten, zusammengefunden. Sie wollen an die Staatsbehörden mit der Bitte herantreten, aus geschichtlichen Gründen für den Weiterbestand des Luthergymnasiums zu sorgen.

Verschiedene Meldungen.

Berlin. Der Reichsausschuß für Beamtenangelegenheiten verhandelte über einen fast allseitig unterstützten Antrag, wonach die Neueinstellung in Ostklassen in die bisherigen Ostklassen A, B und C gegeben soll, während die Ostklassen D und E vollkommen gestrichen werden sollen. Kurz vor der Abstimmung zog ein Teil der Unterzeichner des Antrages seine Unterschrift zurück, um die Fertigstellung des Ostklassenverzeichnis bis zum 1. Oktober d. J. durch die eventuelle Annahme dieses Antrages nicht zu verzögern. Der Antrag wurde darauf mit acht gegen acht Stimmen abgelehnt.

Bromberg. Die Unruhen wurden durch Leute, die aus Longtropholen kamen, angezettelt. Bromberger Janhagel schloß sich den Unruhestiftern an, die sich schließlich nicht allein gegen die Deutschen, sondern auch gegen die polnischen Bürger wandten. Die Offiziere und die Schüler der Offizierschule flüchteten die Nacht mit der Waffe wieder her. Die Unruhrer liegen 8 Tote und 15 Verwundete zurück. Der Stadtpräsident ist schwer verletzt.

Worms. Der sozialdemokratische Stadtrat Kessel, der vor einigen Tagen nach Unterdrückung von Gewerkschaftsgebeten in Höhe von 20 000 Mark gestrichet war, hat sich in Georgenswalde bei Kautzen erschossen, nachdem er zuvor seine Geliebte erschossen hatte. Es wurden bei ihm nur noch einige Mark gefunden.

Worms. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde anlässlich einer sozialdemokratischen Interpellation über die wachsende Zahl der Arbeitslosen die verbessernde Wirkung festgestellt, die die Sanktionen jetzt auch in wachsendem Maße auf das Wirtschaftsleben der Stadt Worms ausüben. Nicht nur, daß die Zahl der Arbeitslosen ständig zunimmt, es mehren sich auch die Fälle, in denen ganze Betriebe dazu übergehen, die Arbeitszeit auf drei Tage in der Woche einzuschränken. Die Zahl der Kurzarbeiter steigt sich dadurch rapide. Alle von der Stadtverwaltung und dem Arbeitsamt angewandten Mittel vermögen nicht die bedrohliche Notlage zu heben, wenn nicht endlich die restlose Aufhebung der Sanktionen und der Zolltarife am Rhein eintritt.

Dortmund. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde der Vorsteher des hiesigen Gefängnisses Grabe verhaftet. Bald darauf wurden noch zwei Gefängnisbeamte festgenommen und in ein auswärtiges Gefängnis gebracht. Wie verlautet, sollen noch weitere Verhaftungen von Gefängnisbeamten bevorstehen. Es handelt sich um umfangreiche Durchsuchungen, die sich die Beamten zuschulden kommen ließen. Im Gefängnis sollen von Gefangenen, die auf Geld nicht zu sehen brauchten, regelrechte Gelage und Feste gefeiert worden sein.

Freiburg. Wie die „Freiburger Tagespost“ meldet, sind ehemalige aktive Offiziere hier unter der Auflage des Hochverrats verhaftet worden. Sie sollen, wie das Blatt behauptet, eine Organisation nach dem Muster der „Orgel“, die sich über das ganze Baden erstrecken soll, organisiert haben.

New York. Vollenbrüche haben große Überschwemmungen in Japan hervorgerufen. 250 Dörfer sind zerstört worden, 200 Personen sind ertrunken.

Paris. „Debutre“ meldet aus Cherbourg, daß auf der dortigen See vor einigen Tagen das Unterseeboot „Deutschland“ versenkt wurde, das Anfang 1919 an Frankreich ausgeliefert worden war.

Beginnende Räumung Oberschlesiens.

Entscheidung über Oberschlesiens Schicksal.

Aus einer Mitteilung der Interalliierten Kommission geht hervor, daß die Beratungen des Obersten Rates über die Lösung des ober-schlesischen Problems am 15. Juli ihren Anfang nehmen und bis zum 20. Juli beendet sein werden.

Keinesfalls werde die Ungeklärtheit über das Schicksal Oberschlesiens länger andauern als bis zu diesem Datum. Die Entscheidung des Obersten Rates wird unmittelbar nach ihrem Eingehen in Opatowitz durch die Interalliierte Kommission der Öffentlichkeit übergeben werden.

Deutsche Reichswehrnote gegen Polen.

Die Räumung Oberschlesiens ist nunmehr folgendermaßen vereinbart worden: Die Polen sollen bis zum 28. Juni die erste Zone einschließlich der Städte Hindenburg und Gleiwitz geräumt haben, vom 30. Juni bis 3. Juli ist dem Selbstschutz Zeit gegeben zur Ausräumung der Truppen in der Gegend von Leobschütz und Strehlenburg. Am 2. Juli beginnen die Polen mit der Räumung der 2. polnischen Zone, bis zum 3. Juli soll die 3. polnische Zone einschließlich Deutsch-Warth geräumt sein. Der 5. Juli ist als der Tag vorgegeben, an dem sowohl die polnischen Insurgenten die Landesgrenze, als auch der Selbstschutz die ober-schlesisch-mittelschlesische Grenze überschritten haben muß.

Mobilmachung des offiziellen Polen.

Es ist seit längerer Zeit bekannt, daß die Polen an der polnischen Grenze starke Truppenmassen angesammelt haben, um sie im gegebenen Augenblick in Oberschlesien zu verwenden. Wäher sind die beim Aufbruch in Oberschlesien verwendeten Kavalleriepolen und Infanteriepolen an der Grenze in Zivil umgekleidet und auf diese Weise zu „Oberschleslern“ gemacht worden, wodurch man die „spontane Erhebung“ herbeigeführt hat. Auf alle Fälle aber sind auch militärische Vorkehrungen für den Fall getroffen worden, daß Polen offiziell in Oberschlesien eingreifen. Von zuverlässiger Seite liegen folgende Angaben über die polnischen Truppenansammlungen an der Grenze vor: In Czestochowa liegt die 9. Kavalleriedivision (4000 Mann stark), eine Panzerjägerdivision, bestehend aus 4 Panzerkompanien und 24 Panzerwagen, im Dorf Wierzbno 2 Kilometer östlich Czestochowa liegt das 7. Infanterieregiment, in Nowy-Bondzin (zwischen Dombrowa und der polnischen Grenze) steht ein Aufmarsch von insgesamt 4000 Panzern, Personen- und Lastautos. In Międzybóże steht ein Panzerzug und das 15. Kavallerieregiment, in Sosnowice liegt das 26. Infanterieregiment, ein Grenzbataillon und das 3. Kavallerieregiment, 3 Kilometer östlich von Sosnowice die 7. Infanteriedivision. Bei Dzierżys (nördlich von Bielsa) steht die ober-schlesische Grenz- und Schwarzwasser stehen 4 Kavallerieregimenter und 2 Infanteriedivisionen.

Wegen der bisherigen Beteiligung des offiziellen Polen an dem ober-schlesischen Aufstand hat die deutsche Regierung an die Botschafterkonferenz, sowie an die Regierungen in Paris, London und Rom eine Note gerichtet, in der sie mitteilt, daß die Teilnahme folgender polnischer Truppenteile einwandfrei festgestellt ist: Kavalleriebataillon 5 (früher Stappenbatt. 4 III), Inf.-Regt. 27, 53, 73, 155, radio-telegraphisches Btl., 23. Telegraphen-Btl., Inf.-Regt. 15. Gefangene haben ferner ausgesagt, daß auch geschlossene polnische Truppenteile nach Oberschlesien geschickt wurden, von denen das 11. Btl. Inf.-Regt. 27 und eine Esk. des Inf.-Regt. 15 genannt werden. Es besteht auch eine militärische unterirdische Fernsprechverbindung von Sosnowice nach dem ober-schlesischen Gebiet. Die angebliche Sperrung der polnischen Grenze besteht in der Tat nicht.

Zur Explosion in Rybnik.

In Rybnik ist eine Kompanie polnischer Pioniere zu Aufklärungsarbeiten eingetroffen. Die von den Polen aus Anlaß der Munitionsexplosion verhafteten Deutschen mußten freigelassen werden, da selbst die Insurgenten sich von der völligen Schuldlosigkeit der Verhafteten überzeugt haben. Endlich Cosel, in der Nähe von Klein-Menz, hat sich ein heftiger Zusammenstoß zwischen italienischen Truppen und polnischen Insurgenten ereignet.

Nach Wochen ohne Postverkehr!

In Beuthen, Oberschlesien, sind jetzt zum erstenmal seit dem 3. Mai wieder Briefe und andere Postfächer aus dem Reiches eingetroffen. Ihr Inhalt zeigt, daß man im Reich wenig davon gewußt hat, daß das Industriegebiet seit dem 3. Mai vom Postverkehr und seit dem 19. Mai auch vom Telegramm- und Fernsprechverkehr abgeschnitten war. Die Beuthener Kaufmannschaft und die Industrie waren nicht wenig erstaunt, mit der ersten Post Nachrichten zu erhalten und Mitteilungen, die überflüssig waren, weil eben keine Möglichkeit bestand, Nachrichten zu erledigen oder Briefe zu beantworten. Wohl war Anfangs dieses Monats ein zweitägiger Telegrammverkehr mit Postauto über Oppeln aufgenommen worden. Er wurde jedoch durch eine Willkürmaßnahme des französischen Generals Le Comte de Denis umständlich gemacht. Nunmehr wird der Brief- und Telegrammverkehr von Beuthen und Umgebung und auch der aus den Städten Königsberg, Kattowitz, Gleiwitz und Umgebung mittels Ententezügen, der einmal täglich von Oppeln nach Kattowitz und zurück verkehrt, wieder aufgenommen. Der französische Brigadegeneral in Beuthen hatte an die Beuthener Postdirektion die Forderung gestellt, die deutschen Postbeamten mit polnischen Ausweiszeichen versehen zu lassen. Nachdem die Postdirektion auf das Unmoralische und Rechtswidrige dieser Forderung aufmerksam gemacht und ihr nach zu kommen sich entschieden geweigert hatte, wurde davon Abstand genommen.

Wie die Polen haften.

Aber die Zerstörungen, die die Aufständischen auf dem Bahnhof und in dem Ort Raudzin angerichtet haben während der Zeit, als sich die Stadt in ihrem Besitz befand, teilt ein Augenzeuge folgendes mit: Das Hotel Wohl ist bis auf das letzte Einrichtungsstück ausgeplündert worden. Das die Insurgenten nicht mitnehmen konnten, wurde sinnlos zerstört. In den Fremdenzimmern bedecken die Damen der zerstörten Betten die Fußböden, die Sofas sind mit Bajonetten und Messern aufgeschitten, die eingebrachten Früchte wurden dazu verwendet, Fische, Wände und Bilder zu beschmieren. Sämtliche Spiegel sind zertrümmert, das Klavier und ein Musikapparat sind zu einem unbrauchbaren Trümmerhaufen zusammengeschlagen. In einem Spielwarengeschäft wurden sämtliche Waren aus dem Regal geschoben und zerstört. Im Hotel Kröze steht es ebenso wie im Hotel Wohl. Im ganzen Hause wurde kein Einrichtungsgegenstand beibehalten. Nach dem Abzug der Banden haben die Inshaber der ausgeplünderten Wohnungen nur die notwendigen Unterhaltungsgegenstände wieder herrichten lassen und im übrigen alles in dem Zustand gelassen, den die Polen angerichtet haben. Englische Offiziere, die in Raudzin waren, haben alle Zerstörungen bezeugt.

Der Zug von Haderbalden hält an. Aus den Vorberatungen muß nun auf weitere Angriffsbahnen der Insurgenten abgesehen; sie rechnen mit den in der Aus-

landspresse verbreiteten polnischen Nachrichten über den Rückzug der Insurgenten in trassem Widerspruch. So werden um Rybnik herum von den Insurgenten Schützengraben angelegt, wozu hauptsächlich Deutsche, darunter 150 Frauen aus Czestochowa herangezogen werden. Die Angriffsbahnen der Polen auf die Großenstädte des Industriegebietes, die noch immer von ihnen eingeschlossen sind, bestehen zuverlässigen Meldungen zufolge weiter.

In Zumin und Lissef sind erneut polnische Schützengraben aufgeworfen worden. In Lissef, wo bereits zwei Kompanien halber Soldaten lagen, ist ein starker Trupp polnischer Gendarmen eingetroffen.

In Zumin und Kronauwey treiben sich polnische Banden herum. In Herzoglich-Babada haben die Polen in der Nacht vom 19. zum 20. Juni zwei deutschgesinnte Männer verschleppt. In den letzten Tagen sind in Kattowitz aus den Ortschaften rechts der Oder 500 neue Flüchtlinge eingetroffen. Die Lebensmittel in Kattowitz sind sehr knapp geworden, da der Zufuhr an Lebensmittelaufwägen rechts der Oder sehr groß ist. Die Bahnlinie Kattowitz-Raudzin ist von Italienern besetzt. Ein Personenverkehr findet auf dieser Strecke zunächst nicht statt.

Im Kreise Hindenburg haben die Mißhandlungen und Verhaftungen der Deutschen der Zahl nach zwar nachgelassen, werden aber, wo immer sich eine Gelegenheit bietet, auch weiterhin rücksichtslos durchgeführt. Die von den aufständischen Behörden eingeführte Barrenumschmelzung wird mit größter Rücksichtslosigkeit eingetrieben. Die beiden Postämter in Hindenburg wurden geschlossen, neue Korrespondenzbriefe im Betrag von 4000 M. gegen ober-schlesische Briefmarken einzulösen. Mehrere ältere Postbeamte sind verhaftet worden. Ferner wurden fünf Beamte der ober-schlesischen Elektrizitätswerke verhaftet.

Flüchtlinge berichten, daß die Polen im Kreise Rybnik neue Verstärkungen zusammenziehen. Ein unerhörter Terror setzt überall ein. In Kogau, Kreis Kattowitz, steht ein Zug der Insurgenten unter Führung des zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Verbrechers Josef Warzejska. Der polnische Postbeamte Friedrich in Kogau requiriert bei den Heimkehrern und erpreßt Summen bis zu 15000 Mark.

Gleiwitz war in den letzten Tagen noch mehrfach Schauplatz von ersten Schießereien. Ein polnischer Panzerzug fuhr in den Bahnhof ein, ihn entließ eine Horde Insurgenten. In kurzer Zeit besetzten die Insurgenten die Wagenverkleidung der Eisenbahn, die staatlichen Güterwerte und das der ober-schlesischen Eisenbahn-Bedarfs-Ges. gehörige Stahlrohrwerk. Die Werkstätten wurden vom deutschen Selbstschutz energig verteidigt. Daraufhin leitete der französische Kommandant Verhandlungen mit den Insurgenten ein und am Abend ließen sich die Polen herbei, den Mühlweg aufzutreten. In den von ihnen besetzten Werken haben die Insurgenten wie Räuberbanden gehandelt, die Einrichtungen zum Teil zerstört und die Bureau's geplündert. Der dadurch dem ober-schlesischen Wirtschaftslebens zugefügte Schaden läßt sich zur Stunde noch nicht überschauen.

Bei Hausladungen, die von französischen Soldaten im Dorfte Petersdorf bei Gleiwitz vorgenommen wurden, fand man im Hause eines polnischen Schülers 14 Gewehre, einen Karabiner und Munition. Es kam zu einer Schießerei zwischen Franzosen und Insurgenten, bei der ein Franzose und ein Landjäger Verletzungen davontrugen.

Eine Gruppe bewaffneter Insurgenten durchfuhr auf zwei Kraftwagen und einem Panzer-Kraftwagen die Hauptstraßen der Stadt Beuthen. Der Panzer-Kraftwagen, der ausgemalte Totenköpfe zeigte, war mit einem Maschinengewehr bewaffnet. Die französischen Truppen ließen die Kraftwagen unbeschädigt passieren.

Nach Kattowitz wird gemeldet: Vor etwa drei Wochen wurde nachts auf der Kleophas-Grube eine deutsche Fabrik angezündet. Die Insurgenten ermittelten als Täter einen 17jährigen Arbeiter, der nunmehr vom Feldgericht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist.

Nach der Explosion von Rybnik.

Die Aufklärungsarbeiten führten zur Feststellung mehrerer Geleise des Rangierbahnhofs Rybnik an den Güterverkehr. Der Schaden wird auf 35 Millionen Mark geschätzt. Der an der katholischen Kirche angerichtete Schaden soll 2 Millionen betragen. Von glaubwürdiger Seite verlautet, der Kreiskontrolleur sei gegen die „Hebräer“ der Polen eingeschritten und habe die polnischen Verfügungen für ungültig erklärt; daraufhin wurden die Verhafteten auf freien Fuß gesetzt; auch die verhafteten Eisenbahner wurden freigelassen. Seit dem Einschreiten des Kreiskontrolleurs sind die Insurgenten abgerückt und durch Franzosen ersetzt.

Neuer Polenterror.

Kattowitz. Hier eintreffende Flüchtlinge berichten, daß die Polen im Kreise Rybnik neue Verstärkungen zusammenziehen. Ein unerhörter Terror setzt überall ein. In Kogau, Kreis Kattowitz, steht ein Zug der Insurgenten unter Führung des zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Verbrechers Josef Warzejska. Die Polenfürher halten in den Dörfern Versammlungen ab und erklären, im Falle einer ungünstigen Entscheidung würden sie den Kampf gegen Deutschland von neuem beginnen. Aus Kattowitz treffen Flüchtlinge ein, denen in den letzten Tagen polnische Gefängnisbefehle zugeföhrt worden waren. Die deutsche Bevölkerung rechts der Oder befindet sich in großer Besorgnis vor den kommenden Ereignissen. Zahlreiche Personen treffen in Kattowitz ein, um das Notwendigste einzulösen.

Neue Verschleppungen Deutscher.

Saurahütte. Die Aufständischen sind in den Besitz der Mitglieberslisten der deutschen Gewerkschaft gekommen und haben in diesen Tagen etwa 20 Angehörige dieser Gewerkschaften verhaftet und verschleppt; auch Mißhandlungen sind dabei vorgenommen.

Mißhandlung von ober-schlesischen Postbeamten.

Beuthen. Die Insurgenten, die auf dem Beuthener Bahnhof das Regiment führten, verhafteten den deutschen Postbeamten die deutschen Kolonnen von den Wägen abzureißen. Die Beamten leisteten Widerstand. Der Vermittlung des Postdirektors gelang es, den Vorfall beizulegen.

Ein Geheimbericht Le Comtes.

Der „Tag“ veröffentlicht einen angeblichen Geheimbericht Le Comtes an die französische Botschaft in Berlin. Der französische General behauptet darin, daß über ganz Deutschland sich ein dichtes Netz von Organisationen erstreckt, in dem Werbungen für den deutschen Selbstschutz in Oberschlesien betrieben werden. General Hoefer erhalte seine Instruktionen von Berlin aus. Die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens leide Spionage für die Orgesch. Während die deutsche „Armee“ in der Hand Hoefers immer härter werde, verliere Korsantys mehr und mehr seine Popularität. Deshalb haben sich die Ententevertreter dahin geeinigt, daß Korsantys seine Organisation vernichten solle, aber er müsse bessere Disziplin halten und den französischen Geheimbefehlen unbedingt Gehorsam leisten; die Truppen der Wägen seien zu verhaften, so daß sie die Deutschen jederzeit entwaffnen könnten. Die Sympathien für die Franzosen bei den Italienern und Engländern seien im Steigen. Es sei deshalb zu empfehlen, daß die Franzosen ihre eigenen Ziele einzuweisen in den Hintergrund stellen und sich mit den Verbündeten einigen. Die italienischen Truppen, die polenfeindlich seien, müßten durch andere ersetzt werden, und zwar durch Südtiroler.

Sorge um den nächsten polnischen Aufstand.

Die Habas aus Sosnowice meldet, hat der Vollzugsausschuß der polnischen Aufständischen, dessen Vorsitzender bekanntlich Korsantys ist, einen Aufruf an die polnische Bevölkerung von Oberschlesien gerichtet. Der Vollzugsausschuß kündigt etappenweise Räumung des Gebietes an, die sowohl von den Truppen des Generals Hoefer wie von den Aufständischen vorgenommen werden muß. Der Aufruf erinnert dann weiter daran, daß die Aufständischen „niemals gegen die Alliierten gekämpft“ haben (siehe die italienischen Toten), die stets als ihre Freunde betrachtet wurden, sondern eigentlich nur gegen die Deutschen, ihre „Unterdrücker und Ausbeuter“. Heute, so wird am Schluß der Proklamation gesagt, nachdem wir Beweise unserer Kraft und unseres Patriotismus gegeben haben, wünschen wir ehrlich, den Befehlen der Interalliierten Kommission zu gehorchen. Hoefer, „dessen Banden so viel Grausamkeiten begangen haben“, muß sich ebenfalls vor dem Willen der siegreichen Mächte beugen und auf Befehl der Kommission muß er seine Truppen bis jenseits der Grenze des Abstimmungsgebietes zurücknehmen.

Die Vertreter des Berg- und Hüttenwesens in Gleiwitz und Hindenburg haben an Lloyd George und Stollitt ein Telegramm geschickt, in dem sich u. a. folgende Stelle findet:

In Insurgentengebiet wird bereits von dem vierten Aufstand gesprochen. Es besteht auch die Absicht, durch Verzögerung der Räumung eine Amnestie für die Insurgenten und ihre Schandaten zu erzwingen. Wir fordern dringend entscheidende Maßnahmen zur schnellen Niederschlagung des Aufstandes, der das ober-schlesische Wirtschaftsleben vernichtet. In diesem Betragen wissen wir uns einig mit der gesamten ober-schlesischen Industrie.

Die Handelskammer von Oppeln hat an die Interalliierte Kommission eine Eingabe gerichtet, in der es heißt:

Was ist durch Polenhand aus dem blühenden Oberschlesien geworden, als welches es vor anderthalb Jahren seitens der deutschen Regierung in Ausübung des Friedensvertrages der S. R. zu treuen Händen übergeben wurde! Und diesem schon jetzt äußerste gefährdeten Zustande Oberschlesiens gegenüber halten wir es als gesetliche Vertretung von Industrie und Handel für unsere Pflicht, darauf hinzuweisen, daß wir schon nach den bisherigen Ergebnissen dem Rückzug Korsantys gegenüber die schwersten Bedenken äußern müssen. Schon jetzt gehen uns von allen Seiten wieder Klagen zu, daß auch in den Orten, die die Insurgenten angeblich geräumt haben, sofort nach Abzug der Kontrollkommission die früheren Banden die Waffen aus den Verstecken wieder herausholen und mit Mord und Plünderung von neuem ihr Unwesen treiben. Missetät wird im Bezirk die Befriedigung begehrt, daß es Korsantys gelingen wird, auch bei Bildung der neuen ober-schlesischen Polizei seine Insurgentenarmee wieder dort hineinzubringen, ebenso wie er es seinerzeit verstanden hat, den jetzigen Aufstand durch die von der Kommission genehmigte starke Durchsetzung der Abstimmungspolizei mit polnischen Elementen in wirksamer Weise vorzubereiten. Es ist ausgeschlossen, daß auf dieser Grundlage das Wirtschaftsleben Oberschlesiens in absehbarer Zeit sich wieder erheben kann.

Die „Räumung“ des Insurgentengebietes ein gemeiner Betrug.

Der Insultenaufruf neigt der Auffassung zu, daß die „Räumung“ des Insurgentengebietes dank der französischen Intrigen ein gemeiner Betrug ist. Die Beweise hierfür häufen sich. Insbesondere lassen die Beobachtungen aus dem „geräumten“ Teile des Kreises Kattowitz erkennen, daß eine tatsächliche Säuberung Oberschlesiens von den Banden Korsantys nicht beabsichtigt ist oder von den Franzosen hintertrieben wird. In der Nacht zum 26. Juni erhielt General Hoefer Mitteilung von einer Änderung des Räumungsplans, welche die Franzosen gegen den Widerstand der Engländer durchzusetzen wußten. Danach fällt die Pause am 29. Juni fort, und der deutsche Selbstschutz muß mit seinem Rückzug bereits am 29. Juni beginnen. Die Pause am 29. Juni hätte es nämlich den Deutschen ermöglicht, sich von der Art des Rückzuges der Insurgenten augenscheinlich zu überzeugen. Der Schwindel von der Räumung wäre schon am ersten Tage entlarvt worden. Französische Perfidie gelang es auch, noch eine weitere Klausel einzuschmuggeln, durch welche General Hoefer sich verpflichtet, selbst im Falle eines polnischen Treubruches seine Truppen nicht in die alten Räume vorrücken zu lassen. Dies steht in trassem Widerspruch zu den Zusicherungen, welche der englische und französische Botschafter dem Außenminister Dr. Rosen gegeben hat.

Die Grenzen Schlesiens.

Wie sie heute sind und wie sie entstanden.

In der ganzen Welt werden gegenwärtig die Geschichte Oberschlesiens erörtert, und oft mag das mit der hervorragenden Kenntnis dieses Gebietes geschehen, die schon damals, als über die Abtretung Schlesiens an Preußen verhandelt zu werden begann, der französische Heerführer Graf Moriz von Sachsen befehligte, der in einem Gespräch mit dem französischen Minister des Auswärtigen, dem Kardinal Fleury, unbefangenen erklärte: „Ich kenne Oberschlesien aus eigener Anschauung. Es besteht aus Bergen, auf denen nichts wächst, ganz wie die Pyrenäen.“ Derartiges gräßliches Mißtrauen ist auch unseren Gegnern, besonders den Herren Wilson und Lloyd George, eigen gewesen, als es sich darum handelte, die Bestimmungen des Versailler Diktats festzustellen. Unabsehbarer Schaden ist uns durch dieses Mißtrauen zugefügt worden. Auch jetzt, bei den Betrachtungen über das künftige Schicksal Oberschlesiens, werden geschichtliche Tatsachen vom unseren Gegnern entweder nicht gewürdigt, weil sie ihnen nicht bekannt sind, oder geistlich entstellt, weil sie ihnen bekannt und mit ihren Bestrebungen nicht zu vereinbaren sind. Neben den Polen, die Oberschlesien haben wollen, melden sich jetzt auch fanatische Tschechen zum Wort, die, nicht zufrieden mit dem Raube des Sudetischer Ländchens, auf Teile des Kreises Leobschütz Anspruch erheben.

Wie begründet diese polnischen und tschechischen Ansprüche sind, lehrt ein Blick auf die Rücksichten, die seinerzeit für die Festlegung der Grenzen Schlesiens bestimmend waren. Jahr und Tag ist darüber und oft in erregter und leidenschaftlicher Weise verhandelt und gestritten worden. Durch den Vorfrieden von Breslau vom 11. Juni 1742 und den Frieden von Berlin vom 28. Juli 1742 wurden an Preußen abgetreten: Ober- und Niederschlesien mit Ausnahme des Fürstentums Teschen, der Stadt Troppau und des Landes, das jenseits der Oppa liegt, mit Ausnahme ferner der sonstigen hohen Berge in Oberschlesien, der

Herrschaft Hemmersdorf und der in Schlesien liegenden, jedoch zu Mähren gerechneten Enklaven, von denen aber wiederum die von Ratibor ausgenommen wird, die gleichfalls an Preußen fällt, und außerdem die von Böhmen abzutrennende Stadt, Festung und Grafschaft Glatz. Das sind eine Reihe verwickelter Vorschriften. In allen Auseinandersetzungen, die darüber stattgefunden haben, ist niemals davon die Rede gewesen, daß Oberschlesien eigentlich polnisches Land sei. Schlesien war eine österreichische Provinz, die in preussischen Besitz überging. Die Ausnahmen, die gemacht wurden, hatten entweder militärische oder persönliche Gründe. Den Österreichern lag daran, die Pässe in der Hand zu behalten, die aus Schlesien nach Mähren und Ungarn führen. Dadurch wurde die Bestimmung über die „hohen Berge“ veranlaßt. Das Fürstentum Teschen und die Stadt Troppau gehörten dem Schwager Maria Theresias und waren schon deshalb vor dem Geschick, an Preußen zu kommen, sicher. Ebenso war es mit der fernöstlichen Herrschaft Jägerndorf, die zum Reich des Fürsten Liechtenstein gehörte. Damit Jägerndorf nicht an Preußen fiel, setzte der Fürst die Aufnahme der Bestimmung durch: „mit Ausnahme des Landes, das jenseits der Odra liegt“. In diesem schlesischen Gebiet war auch die Herrschaft Jägerndorf zu rechnen.

Die Herrschaft Hemmersdorf, die ferner von der Abtretung ausgenommen wurde, war Besitz des damals einflußreichen österreichischen Ministers Barientstein. Als Entschädigung für diese, zu Schlesien gehörenden Herrschaft erhielt Preußen den zwar zu Mähren gehörenden, aber von schlesischem Gebiet umschlossenen Bezirk von Ratibor. Wie die Schlesien unter diesen Umständen einen Teil des Reiches Lotharing mit der Begründung beanspruchen können, daß dieser Teil früher zu Mähren gehört habe, ist nur daraus zu erklären, daß durch das Versailles-Diktat das Recht mit Füssen getreten und an seine Stelle, wenn es sich um Forderungen an Deutschland handelt, die Gewalt gesetzt wird. Die Tschechen hatten auch große Lust, die Loslösung der Grafschaft Glatz zu fordern, weil dieses Ländchen früher zu Böhmen gehört hat, aber das Deutschthum der Bewohner der Grafschaft war zu offensichtlich, um auf dieser Forderung zu bestehen. Erinnerung man sich, wie die Grenzen der preussischen Provinz Schlesien zustande gekommen sind, so kann die Grenzordnung darüber, wie unsere Gegner jetzt mit diesen Grenzen umspringen wollen, nur wachsen.

Brands erneute Kampfrede.

Sanktionen und Teilung Oberschlesiens.
Der französische Ministerpräsident hat vor dem Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten in Paris eine Rede gehalten, die für Deutschland im Osten und im Westen das Äußerste bedeutet. Wenn sich der Inhalt seiner Ausführungen bewahrheitet, woran man nach allen früheren Erfahrungen kaum zweifeln darf, so ist England wieder einmal umgefallen und die französische Außenpolitik hat wieder einen Sieg auf der ganzen Linie zu verzeichnen.

Brands sprach, wie aus Paris gebracht wird, der Reihe nach über die zur Ausführung des Versailler Vertrages getroffenen „Sanktionen“, über die Maßnahmen, die dazu dienen sollen, in Deutschland den Verbrennen für die ober-schlesischen Freikorps ein Ende zu machen, über die Entwaflung Deutschlands, über die Wiesbaden-Besprechungen bezüglich der „Wiedergutmachung“, über die seitens der alliierten Regierungen mit Griechenland und der Regierung von Ankara eingeleiteten Verhandlungen zur Wiederherstellung des Friedens im nahen Osten und schließlich über die Ergebnisse der Besprechungen, die der Ministerpräsident am vergangenen Sonnabend und Sonntag mit Lord Curzon in Paris gehabt hat.

Was die Frage der „Sanktionen“ anlangt, hat Brand besonders hervor, daß ihm die Aufrechterhaltung um so nötiger erscheine, als dadurch das Kabinett Wirth, das sich auf die wahrhaft demokratischen Elemente im Reich stütze, gestützt werde! Wenn die „Sanktionen“ bereits jetzt aufgehoben würden, würde dies nur den unheimlichen Elementen zugute kommen. Die Alliierten seien deshalb darin einig, daß die von den französischen Truppen besetzten Gebiete nicht geräumt würden.

Was Oberschlesien anlangt, so bestätigte Brand seine früheren Mitteilungen vor dem Senatsauschuß, daß nämlich der englische Standpunkt sich dem französischen angenähert habe, und daß auch die italienische Regierung der französischen Entscheidung zustimme.

Brand drückte die Hoffnung aus, daß die Teilung Oberschlesiens nach dem Versailler Vertrag vor sich gehen und das Industriegebiet an Polen fallen werde.

Er erklärte ferner, daß auch die Vereinigten Staaten dem französischen Standpunkt zustimmen würden.

Die Deutschenheute in Polen.

Protestnote an die Alliierten.

Der deutsche Botschafter in Paris hat der Botschafterkonferenz eine Note mit Anlage übergeben, die auch den Regierungen in London und Rom mitgeteilt worden ist. Es heißt darin: Am 2. Juni haben im abgetrennten, ehemals deutschen Gebiet in Ostrowo schwere Ausschreitungen der polnischen Bevölkerung gegen Deutsche stattgefunden. Die rund 600 000 in Deutschland lebenden Polen können nach wie vor unbehelligt ihren Geschäften nachgehen und genießen den vollen Schutz der Verfassung und der Gesetzgebung. Dieser Schutz, der den Minderheiten durch den Vertrag von Versailles garantiert wird, fehlt im abgetrennten Gebiet, wie die Vorgänge in Ostrowo beweisen. Indem die deutsche Regierung die Vorgänge in Ostrowo zur Kenntnis bringt, beehrt sie sich, den Botschafterrat zu ersuchen, die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung auf die unbedingte Notwendigkeit eines vollkommenen Schutzes der nationalen und religiösen Minderheiten gemäß dem Friedensvertrag zu lenken.

Bogrom von Ostrowo.

Die blutigen Vorgänge in Ostrowo hatten bereits ein Vorbild. Am 27. und 28. Mai erschienen Arbeiterabteilungen bei dem Brauereibesitzer Pizsch und verlangten sofortige Entlassung der deutschen Arbeiter. Als dies abgelehnt wurde, äußerten die Arbeiter Drohungen.

Am Tage des Bogroms waren in Ostrowo Gerüchte verbreitet, daß die Arbeiter der Waggonfabrik Ausschreitungen gegen die Deutschen sowie gegen die Juden vorbereiten. Es wurde bekannt, daß am Tage vorher in der Stadt Arbeiterversammlungen stattgefunden hatten. Infolge welcher Vorstandsmaßnahmen wurden trotzdem von den Ortsbehörden nicht getroffen.

Nach Arbeitsstillstand, gegen 5 Uhr, zogen 500 bis 700 Mann in geschlossener Reihe zur Stadt. Im Stadthaus teilte sich der Zug nach einem vorher ausgearbeiteten Plan. Die Arbeiter waren mit Knütteln bewaffnet. Die Truppen drangen

in die deutschen und jüdischen Geschäfte ein. Die Personen wurden ohne Unterschied des Alters und Geschlechts brutal mißhandelt. Geschäfte und Wohnungen wurden ausgeplündert. Ein starker Trupp drang bei dem Brauereibesitzer Pizsch zu schänden, wurde jedoch entlassen. Der Starost wurde. Die Polizei schritt nicht ein. Ein Gendarm verhielt, wie der Militärkommandant waren abwesend. Erst als der Bogrom durchgeführt war und die Arbeiter sich zerstreuten, erschien Militär gegen 7 Uhr.

Insgesamt sind 50 deutsche Familien geschädigt worden. Vollständig ausgeraubt wurde das Geschäftslotal des 60-jährigen Uhrmachers Karl Recklaff, der selbst schwer verletzt worden ist. Die Wohnung des Kaufmanns August Grünberg wurde ausgeraubt, Grünberg nebst Frau und Dienstmädchen mit Stöcken und eisernen Stäben mißhandelt.

Die Arbeiter hielten an demselben Abend eine Versammlung ab, in der die Deutschen öffentlich aufgefordert wurden, die Stadt bis zum 8. Juni zu verlassen. Sie sollten dabei nichts mitnehmen. Der Starost hat lebhaft auf die Notwendigkeit eines Auges der holländischen Eigentümern stehenden Fabrik Petrus durch eine Befragung hingewiesen. Befragungen des Bürgermeisters wurden von der Arbeiterkraft entfernt.

Die Entwaflung bis zum 1. Mai 1921

Abgeliefert und zerstört.

Die Reichswehrhandelsfirma hat bis zum 1. Mai Gewehre und Karabiner zur Zerstörung erhalten: 4 808 300; zerstört: 4 770 800; noch auf Lager: 37 500. Maschinengewehre zur Zerstörung erhalten: 91 042; zerstört: 90 465; noch auf Lager: 577. Minenwerfer und Rohre von solchen zur Zerstörung erhalten: 22 778; zerstört: 22 334; noch auf Lager: 444. Geschütze und Rohre von solchen zur Zerstörung erhalten: 50 489; zerstört: 49 688; noch auf Lager: 801. Raketen zur Zerstörung erhalten: 26 880; zerstört: 26 595; noch auf Lager: 285. Scharfe Artilleriegewehre und Mörser zur Zerstörung erhalten: 36 800 000; zerstört: 28 500 000; noch auf Lager: 8 300 000. Scharfe Hand-, Gewehr- und Kurzgranaten zur Zerstörung erhalten: 14 650 000; zerstört: 14 000 000; noch auf Lager: 650 000. Scharfe Rinder zur Zerstörung erhalten: 55 150 000; zerstört: 53 600 000; noch auf Lager: 1 550 000. Handwaffenmunition: zur Zerstörung erhalten: 300 000 000; zerstört: 360 000 000; noch auf Lager: 30 000 000. Flugzeuge: zur Zerstörung erhalten: 13 379; zerstört: 13 363; noch auf Lager: 10. Flugzeugmotoren: zur Zerstörung erhalten: 23 999; zerstört: 23 845; noch auf Lager: 154.

Die Mischierungen und Zerstörungen auf Grund des Minimums haben erst nach der Zusammenstellung dieser Zahlen ihren Anfang genommen.

Ein Saarstaat?

Aber den aufregenden Ereignissen der letzten Woche über der Festigung der ober-schlesischen Frage, dem drängenden Reparationsproblem und den innerpolitischen Angelegenheiten ist von der deutschen Öffentlichkeit kaum beachtet worden, daß der Völkerbundsrat in Genf vor wenigen Tagen Beschlüsse gefaßt hat, deren Ausführung eine Revision des Versailler Friedensvertrages bedeutet. Der Völkerbundsrat hatte sich mit dem Beschwerden, die Deutschland gegen die Maßnahmen der im Saar-gebiet eingefetzten Verwaltungskommission erhoben hat, beschäftigt und hat dabei Gelegenheit genommen, ganz neue Gesichtspunkte in die Saarfrage hineinzubringen. Er hatte den Präsidenten der Saarregierung, Herrn Raoul, zur Besprechung der Fragen nach Genf berufen und hat dann im besten Einvernehmen mit diesem Herrn die deutschen Beschwerden zurückgewiesen. Beachtenswert erscheint es, die „Gründe“ zu betrachten, unter denen diese Zurückweisung vorgenommen wurde, und die ein so klares Licht über die „Unparteilichkeit“ des Völkerbundes werfen, daß es deutlicher kaum beleuchtet werden kann.

Die von der Saarverwaltung zwangsweise verfügte Einführung der Frankennährung wurde, obgleich der Friedensvertrag vorschreibt, daß sie nur in Übereinstimmung mit dem Willen der Bevölkerung vorgenommen werden dürfe, damit gerechtfertigt, daß die Aufstellung von zwei Staats, den einen in Frankreich, den anderen in Markt, allzuviel Arbeiten notwendig mache. Als hätte Deutschland bei der Durchführung des Versailler Vertrages keine Arbeit aufnehmen müssen, und als gäbe ihm die Übernahme dieser Arbeit nicht ein Recht zu verlangen, daß auch der Vertragsgegner seine Verpflichtungen erfülle! Dann wurde, trotzdem der Friedensvertrag bestimmt, daß nur eine örtliche Gendarmerie, gebildet aus Saarbewohnern, im Saargebiet bestehen dürfe, das Vorhandensein einiger Tausend Franzosen neben dieser Gendarmerie damit gerechtfertigt, daß die guten Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten in den Saarbergwerken die Bevölkerung verhindern, sich in ausreichendem Umfange für die Polizeigruppe zur Verfügung zu stellen! Und die deutschen Beschwerden über das Verhalten der französischen Soldaten gegen die deutschen Bewohner des Saargebietes lehnte man gar mit der Begründung ab, daß französische Gerichte habe nur in einem einzigen Falle gegen das Verhalten eines französischen Soldaten eingegriffen brauchen. Auf den Gedanken, daß hieraus Schlüsse auf die Art und Weise der „Objektivität“ des Gerichts eher als auf das gute Verhalten der französischen Truppen zu ziehen seien, kam man in Genf natürlich nicht.

Aber schließlich wurde noch eine Entscheidung getroffen, die die anderen durch ihre Bedeutung wie durch die Tragweite, mit der sich der Völkerbundsrat zugunsten der französischen Befehlsmacht des Saargebietes über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinwegsetzt, in den Schatten stellt. Im Friedensvertrag nämlich ist vorgesehen, daß nach 15jähriger Besetzung die Saarbewohner selbst durch Volksabstimmung darüber entscheiden, ob sie ihr Land aus dem Rahmen des Reiches herauslösen oder darin belassen wollen. Bis dahin sollte eine als neutral gedachte Verwaltungsbehörde die Angelegenheiten des Gebietes erledigen, das solange natürlich noch zum Reich gehörte, denn von der Errichtung eines selbständigen Saarstaates ist im Friedensvertrage keine Rede. Ihn zu begründen hat sich der Völkerbundsrat in Genf vorbehalten. Er hat ein „Saarbürgerrecht“ zusammengeknüffelt, nach dem als Saarbürger zu gelten haben alle, deren Eltern oder die selbst im Saargebiet geboren wurden, alle, die ihren Wohnsitz am 11. November 1918 im Saarland hatten, und schließlich alle, die drei Jahre lang im Saarland wohnen. Damit ist eine Verschärfung des Versailler Friedensvertrages eingetreten, auf Beschluß einer Institution eingetreten, die Wert darauf legt, sich als objektiv oder neutral zu bezeichnen. Denn, wenn es „Saarbürger“ gibt, so muß es natürlich auch einen Staat geben, dem diese Bürger angehören, einen Saarstaat. Seine Errichtung ist ein offenkundiger Verstoß gegen die klaren Bestimmungen des Friedensvertrages und die deutsche Regierung dürfte

deshalb, sobald ihr antizipiert die Genfer Beschlüsse mitgeteilt sind, Anlaß nehmen, ihren Einspruch zu erheben. Weichen. Erfolgs er aber bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands haben wird, darüber darf man sich nach den geschilderten Proben von der Urteilsfähigkeit des Völkerbundesrates keinem Zweifel hingeben.

Was unsere Jungen wissen müssen!

Abgehen von den vielen arbeitslosen jungen Deutschen, die durch die Not und Verzweiflung in die Hände der französischen Fremdenlegionwerber fallen, befehlt die Tatsache, daß sich viele Schüler und Söhne der besseren Stände freiwillig zur Fremdenlegion melden. Es sind nicht immer die Schlechtesten, die diesen Schritt tun. Abenteurerlust und der Gedanke, in dem heutigen Deutschland in seiner Enge und Anebelung kein richtiges Fortkommen zu finden, sind oftmals wohl die Motive zu diesem Schritt, zu einem Schritt, der ihnen in seiner Tragweite heute noch nicht recht bewußt wird, nicht bewußt werden kann.

Es ist die Sache der Eltern und Sache der Lehrer, diesen jungen, in die Irre gehenden Menschen klarzumachen, was sie mit diesem Schritte aufgeben, und was sie mit diesem Schritte an Ungewißheit, Unsicherheit und Drangsalen eintauschen. Nicht oft genug können die Berichte, die allerdings nur spärlich nach Deutschland gelangen, verbreitet werden, die Angeworbene in ihrer Verzweiflung in die Heimat richten. Ist schon die Behandlung auf deutschem Boden, in Esslingen oder Meß, den bekanntesten Sammelstellen für die Fremdenlegionäre eine menschenwürdige, sind diese Armen schon hier körperlichen Züchtigungen ausgesetzt, leiden sie hier schon unter der überaus schlechten Verpflegung, so verschlimmert sich ihre Lage in dem Augenblick, wo sie nach Marseille abtransportiert werden. Für die Reise dorthin erhält nach den Berichten eines Angeworbenen jeder eine kleine Bäckerei, englischer Leberwurst, eine Dose Lachs, 1 1/2 Loth Brot und je 20 Mann eine große Bäckerei Cornedbeef. Dieser Vorrat muß ausreichen für eine dreitägige Reise nach Marseille. Da aber diese Reise infolge der schlechten Anschlüsse tatsächlich vier Tage dauert, kommen die Angeworbenen ausgehungert wie die Wölfe in Marseille an. Über das Leben in Sidi-bel-Abbes, über das Landverweilen vor-mittags in den endlosen Steinfeldern, über das Geringere nachmittags auf dem Kasernenhofe bei gänzlich unzureichender Kost und bei einem täglichen Sold von fünf Sous, schreibt jener Legionär, daß es unmöglich sei, dies fünf Jahre hindurch (so lange müssen sie sich verpflichten) auszuhalten. Daß man sich für die fünf Sous die überaus notwendige Zusatz nicht beschaffen kann, darüber wird wohl kein Zweifel bestehen. Wie schwer die Flucht aus diesen Drangsalen ist, geht daraus hervor, daß 98 Prozent der Deserture von den Gendarmen und den in französischen Diensten stehenden Arabern abgefangen werden. Bei ihrer Rückkehr nach Sidi-bel-Abbes erhalten die wieder Eingefangenen zunächst vier Tage lang überhaupt nichts zu essen und müssen vormittags und nachmittags auf dem Kasernenhof „pas gymnastique“ (Lauspruch) über: knien, sich hinlegen, wieder aufspringen, von neuem Lauspruch über, und dies alles mit einem zwanzig Pfund schweren Sack auf dem Rücken. Wenn trotz dieser Strafen, die die anderen Legionäre mit in den Taschen geballten Fäusten mit ansehen, immer wieder Fluchtversuche vorkommen, so sind sie eben ein Beweis dafür, wie unerträglich das Los der deutschen Legionäre in französischen Diensten ist.

Die deutsche Heimat kann diesen Armen in den seltensten Fällen helfen, bleiben doch alle Hitten der Eltern und alle Anhaltungen der deutschen Behörden gänzlich unbeachtet. Im Höchstfalle werden bei Minderjährigen in neuerer Zeit Ausnahmen gemacht. Hinzu kommt, daß seitens der französischen Behörde im besetzten Gebiet alle Warnungen vor Werbem für die französische Fremdenlegion in den Zeitungen oder auch in Flugblättern verboten werden.

Gelingt es uns Eltern und Lehrern nicht, unsere Jungen dadurch von dem Eintreten in die Legion abzubringen, indem wir sie auf das Herzleid hinweisen, daß sie ihren Eltern und Geschwistern durch diesen Schritt bereiten, so müssen wir es eben dadurch zu erreichen suchen, daß wir sie auf die unglaubliche Dummheit aufmerksam machen, die in diesem Schritt liegt, andererseits aber auch auf den jugendlichen Leichtsin und auf das Unrecht, ihr Vaterland in dieser so schweren Zeit im Stich zu lassen und sich in den Sold derjenigen zu begeben, die uns zurzeit so knechten und vergeblichen. Wir müssen an eine Bereicherung unserer Vorkenntnisse mit aufklärenden Schriften über die Fremdenlegion denken, denn dadurch ist uns heute in diesem Kampf gegen die Anwerbungen das einzige Mittel in die Hand gegeben, unsere Jungen vor einem Schritt zu bewahren, der ihnen sowohl wie auch uns von Bitterkeit und Sorge bereitet.

Türken und Griechen.

Beide Teile gleich trotzig und aggressiv.

Griechenland hat das Angebot der Alliierten, zwischen ihm und den Türken zu vermitteln, zurückgewiesen und mitgeteilt, es könne die Offensive in Kleinasien nicht mehr aufschieben.

Die ablehnende griechische Note drückt den Dank für die Bemühungen der alliierten Mächte aus, weiß aber ihre Hilfe höflich und bestimmt zurück. Es wird auf die militärische Notwendigkeit und die Rechte des griechischen Volkes in Kleinasien hingewiesen. Griechenland verteidigt, wie gesagt wird, nicht nur seine eigenen Ansprüche auf Grund des Vertrages von Sevres, sondern auch die Politik, wegen deren die Entente den Krieg mit der Türkei begonnen habe. Kein dauernder Frieden könne im nahen Osten bestehen, wenn nicht die Rechte der griechischen und der christlichen Bevölkerung geschützt werden. Die griechische Regierung sei aber bereit, alle Vorschläge der Türken wohlwollend zu prüfen, soweit sie eine Bekämpfung des Vertrages von Sevres sein werden. Solche Vorschläge sollen aber nicht direkt angenommen werden, sondern nur durch die Vermittlung der Alliierten, denen die griechische Regierung auf diese Weise ihre Vermittlerrolle zu bewahren sucht.

Wenn man in dieser für die „Alliierten“ recht schmeichelehaften Note zwischen den Zeilen liest, so bleibt freilich nicht allzuviel übrig, denn die türkischen Gegner, die ihre Vorschläge nicht direkt an Griechenland, sondern durch Vermittlung der hohen Alliierten machen sollen, denken überhaupt nicht daran, sich mit irgendwelchen Vorschlägen zu befassen. Im Gegenteil. Trotzdem von Ankara aus das größte Stillschweigen gewahrt wird, gewinnt man in Ententezirkeln mehr und mehr die Überzeugung, daß

Spiel um das Glück.

Roman von A. Rentoh.

(Nachdruck verboten)

5] (Fortsetzung.)

„Nichts?“ fragte er atemlos.
Und: „Nichts“ klang es müde zurück.
Heinrich Reimann war am Heimweg beim Polizeibureau vorgefahren. Aber ein Egon Marberg war nur vom Spital abgemeldet. Wohin er sich gewendet, das wußte man nicht.

Es war, als sei jede Spur von Egon und Liesbeth verloren. Die Uhr schlug eins.
Und bei Georg Lipsinsky war auch niemand gewesen, er hätte ja sonst telephoniert.

Reimann hatte die Arme auf die Tischplatte gelegt und sein Kopf sank schwer darauf nieder. Es war ein großer Kampf in ihm, der Kampf zwischen den häßlichen Vermutungen, welche sich ihm immer wieder aufdrängen wollten, und dem festen Glauben an Liesbeth. Aber der letztere siegte doch immer wieder. Er hatte die gefundene Schildkrotadel vor sich hingelegt auf die Platte des Tisches, und wieder flog ihr feiner, seltsamer Duft zu ihm heran. Und nun wußte er auch, woran dieser Geruch ihn erinnerte! So — gerade so — duftete das Haar seiner Frau! Es lagen lange Jahre zwischen ihrem letzten Besammentreffen und dem Heute, Jahre voller Entfremdung und voller Bitterkeiten; viele Einzelheiten ihrer Persönlichkeit, ihres Wesens waren ihm entschwinden, er hatte sie vergessen. Aber diesen leisen, süßen Duft erkannte er nun mit Bestimmtheit.

Seine Frau? Nein — es mußte ein Zufall sein! Konnte nicht irgend jemand anderes das selbe Parfüm benutzen? Seine Aufregung gaukelte ihm verzerrte Bilder vor. Er war ganz hingegenommen von seinen Gedanken, und nun fiel ihm auch noch etwas ein: Er hatte doch gestern abend, während er mit Liesbeth sprach, Schritte gehört am Gang draußen! Und Liesbeth hatte behauptet, ein weißes Gesicht sei aufgetaucht aus dem Dunkel. Ein Häufchen weckte ihn aus seinem Brüten. Winkler stand traurig hinter ihm.

„Herr Reimann,“ sagte der Buchhalter, „die Zeit verrinnt. Wir sollten doch irgend etwas tun. Es könnte ja auch sein, daß — doch Fräulein Liesbeth ein Unglück zugestoßen wäre? Die Schlüssel können gestohlen worden sein. . . Sie sehen, ich bin jetzt ganz ruhig. Aber die Anzeige muß erstattet werden, und zwar noch heute. Das sehen Sie doch ein, Herr Reimann?“

Der Fabrikherr sah starr vor sich hin. Ja, er sah es ein. Es würde wohl sein müssen. Und mit dieser Anzeige würde er auch sein ganzes, trostloses Familienleben, seine Frau, seinen Stiefsohn, alles das, was er erlebte und erlitten, preisgeben müssen! Die Desseutlichkeit würde sich der Sache bemächtigen. . .

Er sah durch das Fenster über den Garten gegen Westen. Noch stand die Sonne hoch. Aber in zwei Stunden sank sie. Und dann hatte Winkler freie Hand.
„Winkler,“ sagte er entschlossen, „Sie haben es mir versprochen heute vormittag: Bis Sonnenuntergang warten Sie! Bleiben Sie beim Wort, ich bitte Sie!“

Winkler zuckte die Achseln.
„Es wird sich schließlich mehr vieles ändern in dieser kurzen Spanne Zeit,“ sagte er. „Ich sage es Ihnen jetzt offen: Mein Zorn ist verflogen. Auch die Angst, man könnte in irgendeiner Weise mich selbst in die Sache hineinziehen, da ich zeitweilig im Besitz der Rassen Schlüssel war und den Schlüssel zum Hinterpförtchen außerdem bei mir trug, ist schon gewichen. Ich sehe es ja: Sie glauben an keine Schuld meinerseits. In mir ist jetzt nur eine große Sorge wach: die Sorge um Liesbeth Reimann. Sie glauben so fest an sie, daß Sie fast auch mich überzeugen. Wenn Liesbeth aber nicht schuldig ist, dann ist ihr ein Unglück zugestoßen.“

Drumten schritt die Hausglocke. Der Ton flog grell durch das sonntäglich stille Haus, und es war, als treibe er alles Abwartende, Ruhige daraus fort. Die beiden Männer stürzten zugleich zur Türe. Da stand auch schon Dietrich auf der Schwelle.

„Herr Chef — es ist ein junger Leutnant da.“
Heinrich Reimann hatte den Alten schon beiseite gedrängt. Im Vorzimmer stand Georg Lipsinsky.

„Ist das Geld da?“ rief Reimann.
Lipsinsky war eingetreten. Ein fragender Blick aus seinen Augen fiel auf Winkler.

„Mein erster Buchhalter. Der Herr weiß um die Sache! Ich bitte — sprechen Sie!“
Der junge Offizier sah die furchtbare Aufregung, in welcher Reimann sich befand.

„Das Geld ist da,“ sagte er knapp.
„Hat es — hat es die Dame selbst abgegeben?“
„Nein. Und das ist eben das Sonderbare, Herr Reimann! Das Geld kam überhaupt nicht durch Sie und nicht an die Adresse Ihres Sohnes, sondern es kam von Ihrem Sohne an mich.“

„Wie?“
Georg Lipsinsky zog ein Kuvert hervor.
„Hier. Das ist doch meine Adresse. Und über der Geldnote lag dieser Zettel.“
Er reichte beides dem Fabrikherrn. Auch Winkler sah diesem über die Schulter.

Das Kuvert war zerfritt, ein wenig schmutzig. Mit Bleistift stand darauf die Adresse des Leutnants. Und auf dem Zettel standen, gleichfalls mit Bleistift flüchtig binaemworfen, die Worte:

„Ich halte mein Wort. Halte Du das deine.“
Egon.“

Heinrich Reimann hielt das Blatt mit zitternder Hand. Die Buchstaben tanzten vor seinen Augen. Und doch war er sich über eines ganz klar: außer der Unterschrift rührte jedes Wort in diesem Briefe von der Hand seiner Frau. Unschreibbar hatte — fast unleserlich — Egon selbst. Also war seine Frau wahrscheinlich in Wien! Er befaß das Kuvert aufmerksam. Und da war wieder der süße, schwere Duft. . .

„Und wer brachte Ihnen also das Geld?“ fragte Reimann endlich, sich zusammenraffend.

Ein Dienstmann. Ich mußte den Inhalt des Kuverts bestätigen, und dabei fragte ich den Mann, wer ihm den Brief übergeben habe. Aber er sagte nur: eine ihm fremde Dame. Als ich ihn nach ihrer Wohnung ausforschen wollte, schwieg er beharrlich, und doch muß er sie wissen, da er selber die Bestätigung dahin bringen muß.
„Welche Nummer hatte jener Dienstmann?“
Winkler rief ein.

Georg Lipsinsky dachte nach.
„Ich glaube bestimmt, Nummer 112,“ sagte er dann.

„Gott — ich war ja so glücklich, daß das Geld da war — ich war direkt selbst verwirrt.“
„112?“ wiederholte Winkler sinnend. Dann fuhr er plötzlich auf: „Herr Reimann, dieser Dienstmann hat hier am Hauptplatz von Rudorf seinen Standplatz! Wir haben ihn doch schon öfters beschäftigt! Ich erinnere mich genau!“

Der Fabrikherr war aufgestanden und griff nach seinem Hute. Aber Winkler hatte noch etwas zu fragen:
„Herr Leutnant — haben Sie vielleicht das Geld bei sich? Könnte ich es sehen?“

Der junge Mann zog ein Portefeuille hervor.
„Hier. Es ist nur ein Schein. Zweitausend Kronen.“
Winkler hatte mit einem raschen Griff eine Lupe genommen und dieselbe auf die neu und schön ausgehende Note gelegt. Einen Moment lang neigte sich sein Kopf darüber. Als er ihn wieder hob, war sein Gesicht weiß vor Erregung.

„Herr Reimann, wir haben das Geld, das für Steiner & Comp. bestimmt war,“ sagte er fast atemlos. „Wenigstens einen Teil dieses Geldes. Ich selbst habe ja die vier Scheine vor zwei Tagen in das Kuvert gesteckt und in die Mappe gelegt. Sie verwachten diese dann in der Kasse. Sie haben wohl die Scheine nicht gegen andere ausgetauscht?“

„Nein. Weiter, Winkler. — Weiter!“
„Als ich das Geld von der Bank abholte, tat ich, was ich stets tue, wenn ich so große Banknoten auszahle: ich zeichnete sie. Hier: Unten in der rechten Ecke — mit bloßem Auge sieht man es nicht, aber mit der Lupe ganz gut — hier ist das winzige, rote Kreuz. Es ist bestimmt einer jener Scheine — ich möchte schwören darauf.“

Heinrich Reimann griff mit bebenden Fingern nach dem Schein.

„Bitte, Herr Winkler — wechseln Sie dem Herrn Leutnant einen anderen Schein ein. Dort — in der Kasse ist Geld. Ich muß augenblicklich fort. Mir ist so — als sähe ich einen Weg. Aber diesen Weg muß ich allein ebnen. Ich bitte Sie, glauben Sie mir das! Und bleiben Sie hier! Vielleicht ereignet sich irgend etwas. Ich komme, sobald ich kann.“

Er stürzte hinaus und überließ es Winkler, dem Leutnant einen anderen Schein zu geben und dessen etwas konfuse Auseinandersetzungen anzuhören, weshalb er nicht telephoniert habe, sondern selbst gekommen sei. Er habe eine solche Angst um seinen Freund Egon Marberg, und er hätte gern Herrn Reimann um Näheres gefragt. Aber Herr Reimann sei ja so furchtbar aufgeregt. . .

Der andere zwang sich, dem jungen, verstorbenen Menschen zuzuhören. Aber auch er war mit allen seinen Gedanken weit weg von ihm. Und als Georg Lipsinsky endlich gegangen war, atmete er wie befreit auf.

Die Stille in dem einsamen Haus tat ihm wohl. Er fühlte es: sein Zorn, seine Eifersucht — alles verblaßte, und nur eines blieb: die Angst um das Mädchen, das er doch, in seiner Weise, sehr liebte hatte, ja, das er noch liebte. Er hatte diese Liebe aus seinem Herzen reißen wollen, mit Gewalt. Jetzt wachte er das nicht mehr, denn trotz aller Kränkungen und Enttäuschungen blieb diese Liebe das Beste in seinem Leben. Das so wenig Sonne gekannt hatte. Zu dieser Einsicht hatten ihn die letzten, schrecklichen Stunden gedrängt, und während er wartete in stießer Spannung und auf den Schlag der Thoren horchte, rang seine Seele sich durch zu der großen Weisheit des Menschenlebens, daß auch im Verzicht ein Abgang vom Glück liegen kann.

Heinrich Reimann wußte gar nicht, wie er eigentlich bis zu dem Hauptplatz von Rudorf gekommen war. Als er jetzt stille stand und den weiten sonntäglich ruhigen Platz überblickte, rang er fast nach Atem. Dort — dort war der Standplatz des Dienstmannes. Die Nummer 112 leuchtete bis zu ihm herüber.

Einen Augenblick später stand er schon vor dem Eristanten, welcher den angehenden Fabrikherrn gut kannte. Ein paar hastig hervorgestoßene Sätze — ein größeres Geldstück wurde dem Dienstmann in die Hand gedrückt.

Aber der Mann schüttelte den weißhaarigen Kopf.
„Gnädiger Herr — ich weiß nicht, wer die Frau ist. Beim Himmel, ich weiß es nicht. Sie ist heute gleich nach Mittag in großer Eile hierher zum Standplatz gekommen und hat mir den Brief mit dem Gelde gegeben. Viel Geld, gnädiger Herr, und ich hab' mich gewundert, daß sie es mir anvertraut und nicht lieber der Post. Aber sie hat mir noch Geld gegeben und gesagt, ich solle mir einen Wagen nehmen, die Sache sei dringend. Ich solle auch wieder herausfahren und ihr die Bestätigung um zwei Uhr bringen.“

„Wohin?“
„Bei der langen Gartenmauer, gnädiger Herr, die zu der Villa Nr. 17 gehört, drunten an der Donau. Ich bin hingekommen, da war die Frau schon da. Sie war furchtbar blaß und ganz verweint und hat stark gezittert. Ich hab' ihr den Schein gegeben, und sie ist ohne Gruß von mir weggegangen, um die Mauerrede herum. Ich bin eine Minute gestanden und hab' mich geräufelt.“

Aber mir ist eingefallen, daß die Frau doch recht sonderbar war. Da hab' ich um die Ecke geschaut, wo sie denn hinget. Aber — sie war nicht mehr da.“

„Die Mauer ist aber doch dort lang und die Straße ganz gerade. Sie hätten die Frau eigentlich noch sehen müssen?“

„Ja. Aber da sind allerlei Gartentüren, gnädiger Herr — was weiß ich, wo sie da hineingeschlüpft ist. Die Wägen sind doch meist jetzt leer — nein — ich weiß gar nichts. . .“

Heinrich Reimann ging mit großen Schritten hinab zur Donau. Da war die Mauer. Langsam ging er sie entlang. Und da — da war auch eine ganz kleine Türe.

Er hatte, ohne sich zu befinden, die Klinke niedergedrückt und trat in den Garten, welcher sich weit hinzog. Da — rechts von ihm — lag das kleine Gartenhaus. Die Türe war nur angelehnt. . .

Er hatte eigentlich Kopfen wollen, aber er ließ es und drückte leise die Türe auf. . .

Die Frau, welche in dem kleinen Vorzimmer saß, hatte den Kopf von ihm abgewendet. Sie kauerte, wie todmüde, in einem Armstuhl; ihre Hände lagen im Schoße gefaltet. Die Sonne warf einen hellen Schein auf den leichtgeneigten Kopf, auf das ergauende Haar. Die Sonne bligte auch auf den dunklen Schildpatt-Haarnadeln, und flimmernd glänzten die kleinen, feinen Goldzierate bis zu dem Rande herüber, welcher dort in der Türe stand.

Es ging wie ein Schütteln durch seinen Körper. Dann trat er über die Schwelle.

„Sidonie!“ sagte er laut.
Die Frau fuhr empor aus ihrer tiefen Versunkenheit.

„Heinrich —“
Er ließ ihr gar keine Zeit, zu sprechen.

„Was hast du heute nacht in meinem Hause zu tun gehabt? Woher nimmst du den Schlüssel zur Hintertür? Wer gab dir die Rassen Schlüssel? Bitte — sprich nicht! Jetzt will ich reden. Endlich einmal. Und leuone nicht, denn es hilft nichts. Hier — diese Haarnadel habe ich selbst neben dem Gartenpförtchen gefunden. Der kleine Goldzierat ist so eigenartig — gar nicht zu verwechseln. Siehst du — du greiffst schon ganz unbewußt nach deinem Kopfe! — Dort steht sie. Und vor kaum einer Stunde war Georg Lipsinsky bei mir und brachte den Goldzierat mit, den Egon ihm heute gesendet. Es war aber deine Schrift auf dem Begleitzettchen, also ging dieser Schein durch deine Hände. Und es war einer der Scheine, welche in der Mappe für Steiner & Co. bereitlagen. Mein Buchhalter hat sie selbst gezeichnet. Du siehst, die Beweise sind erdrückend, es ist am besten, du gibst alles zu. Wie? Was sagst du?“

Die Frau hatte sich an die Wand gelehnt und einige Worte gesprochen. Aber er war so furchtbar erregt. Er verstand sie nicht. Und ihr feinem ruhiges Gesicht reizte ihn.

„Was hast du gesagt?“ wiederholte er, da sie schwieg und starr vor sich hinblitzte auf den Fußboden, auf den die tiefliegende Sonne tanzende Ringe malte.

Sie hob den grauen Kopf ein wenig.

„Ich gebe alles zu,“ sagte sie lauter. Ihre Stimme klang ganz gleichgültig, so, als dente sie kaum an das, was sie sprach.

Eine Minute blieb es ganz still zwischen ihnen. Der Atem des Mannes ging laut und hörbar. Er war bei ihren Worten doch zurückgewichen. Ein so gelassenes Zugeben — das hatte er nicht erwartet. Und es traf ihn, trotz der tiefen Entfremdung, welche längst zwischen ihm und seiner Frau herrschte, furchtbar hart, daß sie sich selbst so ruhig dazu bekannte, eine — eine Diebin zu sein, daß sie ihn bestahl in beinahe unmerklicher Weise, und daß sie jetzt nicht einmal viel Scham zu empfinden schien über ihre Tat. Und doch war da ein befreiendes Gefühl daneben: Liesbeth war sicher völlig unerschütterlich! Aber was war Liesbeth? Und wie war Sidonie zu den Schlüsseln gekommen.

Er hatte die beiden letzten Fragen laut gestellt. Die Frau sah ihn an mit einem seltsam verlorenen Blick.

„Wo sie jetzt ist, das weiß ich nicht,“ entgegnete sie müde. — „Aber sie war hier. Gestern abend traf sie sich mit Egon — da drunten an der Donau. Sie war doch früher einmal seine Braut. So? Das wußtest du nicht? Nun, das ist ja alles jetzt gleichgültig. Sie hat ihm vor Jahren den Abschied gegeben. Natürlich. Er war nicht so, wie er sein sollte, — wenigstens in ihren Augen. Wir wollen darüber nicht streiten, Heinrich. Vielleicht hat sie recht gehabt. Sie ist ja auch so ein Mensch, wie du einer bist, der auf einem geraden, langweiligen Weg durch das Leben geht, ohne wilde Wüchse und ohne begehrlische Gedanken, der sich genügen läßt an der öden Pflichterfüllung, und von dem glänzenden Glück nichts wissen will. Wir — Egon und ich — sind nie so gewesen.“

„Nein,“ sagte Heinrich Reimann schwer — „ihr seid nie so gewesen! Und deshalb habt ihr auch gelassen das Leben und das Glück anderer vernichtet und zertreten, um euren Phantomen nachzujagen. Und deshalb kommt ihr auch zuletzt so weit, daß ihr heimlich fremdes Geld nehmt, ohne auch nur zu denken, daß dies euch für immer ausschließt aus der Gesellschaft anständiger Menschen.“

Die Frau hob abwehrend die Hand.

„Mich, Heinrich. Mich allein. Denn ich habe das Geld genommen.“

„Nachdem du jedenfalls zuerst die Schlüssel heimlich an dich brachtest? Denn freiwillig hat Liesbeth Helmar sie dir doch nie gegeben.“

„Nein, freiwillig hätte sie mir die Schlüssel nicht gegeben,“ wiederholte die Frau. — „Sie war ja überhaupt nur gezwungen da. Egon bat sie so lange, bis sie nachgab. Er brauchte sie. Und nur sie. Zu mir wäre er nie gekommen. Seit der Sache mit Lipsinsky hat er sich ganz von mir gelöst.“

„Was war das für eine Sache? Lipsinsky sprach zu mir etwas von Unglück bei deinen Spielabenden? Ich bitte dich, Sidonie — sei ehrlich! Nur dies eine Mal sprich die Wahrheit, damit ich klar sehe!“

Die Frau nickte.

„Gott — mir liegt nichts mehr an der Komödie,“ sagte sie lässig. — „Das ganze Stück ist ausgespielt. Es war ja in diesen letzten Jahren ohnehin nur noch eine Farce. Wie das eigentlich kam mit Egon, das weiß ich gar nicht recht. Erst hing er ja fanatisch an mir. Du weißt es. Und ich tat ihm alles, alles, was er wollte. Ich war so stolz auf meinen schönen Jungen. Und erst hatte er ja auch Glück in allem: Glück bei den Frauen der großen Welt, Glück im Spiel — überall Glück. Aber auf einmal war's vorbei. Wir hatten beide Pech. Gott — was verstehst du davon? Du? Mit den Summen, die du mir gabst, konnte ich doch nicht auskommen. Was hätte ich denn tun sollen? Und was hätte Egon tun sollen?“

Heinrich Reimann war ganz nahe an sie herangetreten.

„Weißt du, daß ich mehr als mein halbes Vermögen für euch hingab?“ fragte er hart. — „Und das war nicht genug für euch?“

Sie schüttelte den Kopf.

„Wiel zu wenig,“ sagte sie lakonisch. — „Weißt du, als wir damals drinnen waren im Pech, da ging es ja dann so fort. Immer tiefer. Das Geld rann förmlich durch die Hände, — sie spreizte die Finger und ein schattenhaftes Lächeln glitt über ihr Gesicht — „es geht einem so. Ja. Da quittierte Egon. Ich hielt ihn über Wasser, so gut ich konnte. Aber es war schwer. Dann lernte er Liesbeth Helmar kennen. Und von diesem Moment an war er für mich verloren. Ganz und gar. Dieses Mädchen war stärker als ich. Aber so stark war sie doch nicht, daß sie ihm ummodellte nach ihrem Willen. Sie gab ihm ihr kleines Kapital. Gott — eine Bagatelle. Ich riet ihm, es zu verdoppeln, zu verzehnfachen. Ich habe nämlich eine Erfindung gemacht.“

(Schluß folgt.)

Der Hölz-Prozess.

(Siebenter Verhandlungstag.)

§ Berlin, 22. Juni.

Die heutige Verhandlung gegen Hölz führte zu Standesfragen, wie sie selbst in diesem an unglaublichen Zwischenfällen überreichen Prozess noch nicht dagewesen sind.

Anträge der Verteidigung.

Bei Beginn der Sitzung stellte die Verteidigung mehrere Anträge, die sich auf die Ladung neuer Sachverständiger bezogen. Zur Bewertung gewisser Zeugenaussagen sollte der Kriminalpsychologe Dr. Kopp geladen werden, zur Beurteilung der Schusswunden des erschossenen Gutbesizers Hof Prof. Dr. Hildebrandt und Dr. Arthur Schlegler. Das Gericht befiel sich die Vernehmung vor und fuhr in der Vernehmung fort. Vernommen wurden die Polizeiwachmeister Bruno Erleben und Wille, die noch einmal die Vorgänge im Stöckchen bei Giesebach, wo sie mit anderen Beamten der Schutzpolizei gefangen genommen wurden, zu schildern hatten. Der Bericht des Zeugen Erleben fand den Beifall und die Billigung des Angeklagten; er erklärte mit einer gewissen Herabsetzung, daß diese Aussage außerordentlich objektiv und sachlich sei, und daß er daran nichts anzusetzen fände. Bald darauf aber war es mit Hölzens freudlicher Stimmung wieder vorbei.

Der Angeklagte tobt und wird abgeführt.

Das Gericht hatte sich zur Vernehmung über die Anträge der Verteidigung zurückgezogen. Als der Gerichtshof dann zurückkehrte und der Vorsitzende die Ablehnung des Antrages auf Vernehmung des Kriminalpsychologen Dr. Kopp verkündete, machte Hölz wieder so höhnische Bemerkungen, daß der Vorsitzende in großer Aufregung und Entrüstung rief: „Wenn Sie noch weiter unverschämte sind, lasse ich Sie fesseln.“ Hölz (die Hände vorstreckend): „Um Sie es doch. Wo sind denn die Fesseln?“ Vorsitzender: „Sie sind ein ganz unverschämter Lämmer!“ Hölz (sich lachend): „Und Sie ein Blutlichter, Sie sind die Morbrenner!“

Die Verteidiger erhoben gegen die Ablehnung ihres Antrages Widerspruch und machten dazu allerlei Ausführungen. Hölz beteiligte sich in seiner Weise an den Erörterungen, indem er behauptete, daß die Anträge abgelehnt würden, weil „der Schwundel“ nicht aufgeführt werden dürfe. Als er dann gar ein Hoch auf das internationale Proletariat ausbrachte, ließ ihn der Vorsitzende abführen. Es kam nun zu einer sehr turbulenten Szene. Hölz wurde von mehreren Stöckchengepächtern, worauf alle drei Verteidiger, die anscheinend befreundeten, daß dem Angeklagten unterwegs irgendein Leid angetan werden könnte, in großer Erregung in die Anklagebank hinter Hölz führten. Die Sitzung mußte unterbrochen werden.

Schluß der Vernehmung.

Nach der Wiedereröffnung der Sitzung machte der Vorsitzende den Angeklagten darauf aufmerksam, daß er ihn, wenn sich die Vorwürfe wiederholen sollten, endgültig abführen und auch nicht mehr zum letzten Wort kommen lassen würde. Zu solchen Maßnahmen sei das Gericht berechtigt. Hölz erwiderte, daß er keinen Augenblick daran gezweifelt habe, daß das Gericht nach dem Grundsatz „Wacht geht vor Recht“ handeln würde.

Es wurden nun, da das Gericht den dahingehenden Anträgen der Verteidigung stattgegeben hatte, noch einmal Sachverständige vernommen, die über die Art der Schüsse, durch welche der Gutbesitzer Hof getötet wurde, sich äußern sollten. Sie erklärten, aus dem vorliegenden Protokoll nicht schließen zu können, daß außer Gewehrschüssen auch Pistolenschüsse auf Hof abgegeben worden seien.

Der Staatsanwalt beantragte nach Schluß des Plädoyers die Todesstrafe gegen Hölz.

Das Urteil lautet auf lebenslängliches Zuchthaus.

Der Antrag auf Todesstrafe

Wurde vom Staatsanwalt in zweifelhafter Rede begründet. Der Staatsanwalt hielt Hölz des Mordes, des Verrats gegen das Sprengstoffgesetz, des Hochverrats und noch einer ganzen Reihe von Verbrechen und Vergehen für schuldig. Außer der Todesstrafe will der Staatsanwalt erkannt sehen auf lebenslängliches Zuchthaus und dauernden Ehrverlust. Der Staatsanwalt sagte, es solle das Urteil gesprochen werden über den Mann, der an erster Stelle verantwortlich ist für den Aufbruch in Mitteldeutschland. Vor unseren Augen haben wir den Bürgerkrieg in abstoßlicher Gestalt sich abspielen sehen. Und es war zweifellos ein Bürgerkrieg und nicht ein Krieg, der aus sozialpolitischen Gegensätzen heraus geführt wurde. Der Staatsanwalt schildert, wie der Angeklagte die Arbeiter durch Drohungen zur Arbeitseinstellung auf den Schächten zwang und wie er sie einreichte in die rote Armee. Hölz hielt dann in der weiteren Entwicklung des Aufstandes heftigste Reden, in denen er aufforderte, zu plündern und gegen die Cipo vorzugehen. Hölz bestritt dies, es ist aber erwiesen. Es ist auch kein Zweifel, daß der Angeklagte den Bürgerkrieg nicht mit Milde geführt hat, wenn auch gewisse Fälle Milde zeigen. Die Behandlung der Gefangenen spricht hier deutlich genug. Der Staatsanwalt kommt dann auf die übrigen Straftaten des Hölz zu sprechen, die den Hochverrat betreffen. Hölz ist auch der moralische Mörder des Faktors Müller und des Matrosen Ruhn wie der Mörder des Hof. Wie Defekte sind gemeiner Natur. Daß sie eine politische Note enthalten, ist nicht zu bezweifeln. Man darf aber nicht, weil man politische Zwecke nicht anders erreichen kann, zu gemeinen Mitteln greifen.

Der Schluß des Prozesses.

Die letzten Szenen des Hölzprozesses bildeten die folgerichtige Ergänzung zu dem, was man in den sieben Verhandlungstagen erlebt hatte: Der Held des gerichtlichen Schaustückes fiel nicht aus seiner Rolle und bewahrte bis zuletzt, bis zu dem Augenblick, wo er wegen maßloser Beschimpfungen des Gerichtshofes aus dem Saale entfernt werden mußte, die theatralische revolutionäre Pose. Er benutzte das Schlußwort, das ihm, wie jedem Angeklagten verstattet wurde, zu einem groß angelegten Angriff gegen die ganze bürgerliche Gesellschaft, verglich die Richter mit den Marionetten eines Puppen-theaters, sagte sogar seine Verteidiger etwas unsanft an und schloß zuletzt, weit ausladend, sein bisheriges Leben und Streben, seinen Bildungsengang, seine große, aber rasch wieder verpuffte Kriegseifer, das Werden und Wachen seiner kommunistischen Weltanschauung, seine Propagandatätigkeit und was solcher Dinge mehr sind. Mit prophetischen Worten kündigte er die kommende Weltrevolution an, die die unsagbar feige Bourgeoisie hinwegjagen werde. Diese Revolution werde alle vorangegangenen Umwälzungen an Grausamkeit überreffen; denn das Bürgertum zwingt ja das Proletariat zu Vorkäuflichkeit. In etwas unklarer Weise verglich der Redner schließlich die Urteilsfällung mit einer Schulprüfung. „Wenn Sie mich freisprechen würden“, sagte er, „so würde ich mich schämen. Verurteilen Sie mich zu zehn Jahren Zuchthaus, so wäre das Jenseit Nr. 4, lebenslänglich wäre Nr. 1, Todesstrafe aber Nr. 2.“ Nachdem er dann noch seine Unterschiede zwischen bürgerlicher und proletarischer Schreikonstruktion hatte, schloß er mit dem Ruf: „Es lebe die Arbeiterrepublik!“

Die drei Verteidiger, die vor Hölz zu Wort gekommen waren, hatten sich, um den Kopf des Angeklagten zu retten, hauptsächlich gegen die Voranklage gewandt und den Nachweis zu führen versucht, daß dem Vordenker bei seinen Taten ideale Motive nicht abgesprochen werden dürften. Einer der Herren, der Rechtsanwalt Hegenrich aus Gelle, meinte, daß das Gericht sich mit einem großen Teil der Arbeiterschaft in Widerspruch setzen würde, wenn es Hölz die ehrenhafte Gesinnung abspräche. Für einen solchen Mann sei nur Festungshaft angebracht. Der zweite Verteidiger, Justizrat Dr. Froberg, der selbst Kommunist ist, hielt einen längeren Vortrag über den

kapitalistischen Kampfsatz und verglich seinen Klienten mit Rebellen von der Art eines Florian Geyer, eines Götz von Berlichingen, eines Oliver Cromwell. Auch der alte Grieche Kriakides wurde zitiert, und in der Schlußapothese hieß es, daß Hölz alle Politiker, von Bismarck an gerechnet, Aderrage und sogar höher stehe als Liebknecht und Rosa Luxemburg, ja sogar als Lenin und Trotzki. Der dritte Verteidiger, Justizrat Dr. Graefel sprach den Abschied, in dem festgestellt wurde, daß das Bürgertum Hölzens Kopf „mit indianischer Wildheit“ verlange. Diese Charakteristik der Bourgeoisie leitete dann zu der eingangs erwähnten Kampfanlage des Angeklagten hinüber.

Die Steuerkürzung vom Arbeitslohn.

Bis zu 24000 Mark keine weitere Veranlagung.

Der Steuerauschuß des Reichstages befaßte sich mit dem Gesetzentwurf über die Einkommensteuerveränderungen vom Arbeitslohn.

Durch die Regierung wird der Gesetzentwurf damit begründet, daß die bisherigen Veranlagungsergebnisse bei Einkommen, die dem einheitlichen Steuerfusse von zehn Prozent unterliegen, zum erheblichen Teil für die Steuerpflichtigen wie für die Finanzämter außer Verhältnis zu der angewendeten Zeit und Arbeit stehen. Deshalb wurde bereits bei Beratung der letzten Einkommensteuernovelle vom Steuerauschuß des Reichstages die Anregung gegeben, die Kürzung des Arbeitslohnes so auszugestalten, daß sie die endgültige Einkommensteuer derselbe und dadurch eine nachträgliche Veranlagung mit Nachforderung oder Vorauszahlung überflüssig mache. Der Gesetzentwurf geht nun von folgenden Gesichtspunkten aus: Da der Einkommensteuersatz (zehn Prozent) nur bis zu Einkommen von 24000 Mark geht, können die Vorarbeiten über die vereinfachte Einkommensteuer nur bei Gesamteinkommen bis zu dieser Summe Anwendung finden. Hat der Arbeitnehmer bei einem 24000 Mark nicht übersteigenden Gesamteinkommen außer Arbeitslohn noch sonstiges Einkommen, so muß dieses veranlagt werden; indessen soll die Veranlagung unterbleiben, wenn das sonstige Einkommen 300 Mark nicht übersteigt. Bei Gesamteinkommen über 24000 Mark kommt eine Vereinfachung der Einkommensteuer derart, daß der einkommensfreie Betrag die endgültige Einkommensteuer darstellt, nicht in Frage, weil es praktisch nicht durchführbar ist, bei jeder Lohnzahlung den Hundertsatz, den der Arbeitnehmer nach der Höhe seines Jahreseinkommens zu zahlen hat, einzubehalten zu lassen. Hier kann der einkommensfreie Betrag wie nach dem geltenden Rechte auch künftig nur eine Abschlagszahlung darstellen. Es sei erzwungen worden, einen höheren Hundertsatz als zehn Prozent abziehen zu lassen; dies sei jedoch nicht angängig, wenn der allseitig erstrebte Zweck, nämlich die einheitliche Vereinfachung für Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Finanzämter, erreicht werden solle. Selbstverständlich könne sich der Arbeitnehmer freiwillig einen höheren Betrag einbehalten lassen, der ihm dann später auf die veranlagte Einkommensteuer angerechnet werde. Im übrigen sei es zu beachten, daß ein solcher Arbeitnehmer, abgesehen von der Kürzung des Arbeitslohns, fortlaufend auch noch vorläufige Einkommensteuer bezahlen müsse.

Eine längere Debatte entspann sich über die Frage der Abzugsfähigkeit von Werbungskosten vom Einkommen. Zur Klärung dieser schwierigen Angelegenheit wurde ein Unterausschuß eingesetzt.

Das entheiligte Heilige Land.

Die andauernden Kämpfe in Palästina.

In Palästina ist es in den letzten Wochen wiederholt zu blutigen Zusammenstößen zwischen Arabern und Juden gekommen, und die Lage ist auch jetzt noch so bedrohlich, daß mit weiteren Kämpfen zu rechnen ist. Es dürfte daher von Interesse sein, über den Ursprung und die Grundursache dieser Feindschaften einiges zu erfahren. In einem amerikanischen Blatte schildert ein Sonderberichterstatter in sehr anschaulicher Weise die Eindrücke, die er vor kurzem bei einer Fahrt durch das Heilige Land erhalten hat.

„Wem ist Palästina eigentlich versprochen worden?“ so heißt es in seinem Bericht. „Mit dieser Frage beschäftigen sich in dem Lande, in dem nach der Bibel Milch und Honig fließen soll, drei Gruppen von Menschen, die Araber, die Christen und die Juden. Die englische Regierung ist der Ansicht, daß sie auf diese Frage bereits die Antwort gegeben hat, indem sie erklärte, daß Palästina allen Nationen und Religionen offen stehe, und daß völlige Freiheit und Gleichheit herrschen sollen. Alle drei Religionen beanspruchen aber Palästina für sich. Wenn der Fremde das Land durchreist, erkennt er sofort die Gegenstände wieder, die ihm aus dem Religionsunterricht bekannt und so geläufig sind. Damals hatte man aber nur die ideale Seite, die schöne Seite von Palästina gesehen. Er hat damals noch nicht gewußt, daß sich ein paar Orientalen selbst wegen der lächerlichsten Kleinigkeit derartig in die Haare geraten können, daß man jeden Augenblick fürchten muß, daß sie sich gegenseitig tötschlagen werden. Er hat niemals gesehen, wie die Araber die Tiere mißhandeln, und in der biblischen Geschichte hört man unseres Wissens niemals von Frauen, die schwere Lasten schleppen, während die Männer auf Eseln gemächlich und gemächlich daneben reiten.“

Der Durchschnittsmensch weiß, daß Palästina einst den Juden gehörte; aber vor 2000 Jahren haben die Juden durch das Schwert verloren, was sie mit dem Schwert erobert hatten. Römer, Araber und Türken haben seitdem dort regiert, doch heute wollen die Juden, wie man weiß, ihr altes „Ideal“ dort wieder aufrichten. Aber auch die Araber wollen das Gelobte Land für sich allein haben. Palästina ist noch heute ein romantisches Land, ein Land der Mysterien und der Heiligtümer. Im Frühjahr, wenn die Hügel voller roter Anemonen leuchten, leicht das Land einem Märchenraum, und an manchen hellen Sternennächten kann man sich bei einiger Phantasie in die Stimmung der drei Weisen aus dem Morgenlande zurechtfinden glauben. Es ist jedenfalls von hohem Reiz, das Land zu besuchen. Nicht ganz in die religiöse Stimmung hinein paßt allerdings die moderne unverfälschte „Amerikanisierung“ des heiligen Bodens. Die meisten Neuerungen sind amerikanischen Ursprungs. Es gibt eine amerikanische amerikanische Kolonie, und die christliche Vereinigung junger Männer — gleichfalls amerikanischer Gründung — hat hier eine Zweigniederlassung eingerichtet.

Die halbe Welt interessiert sich natürlich für die Zukunft dieses Landes. Man weiß, daß, seitdem die Römer die jüdische Nation als solche zertrümmert haben, ein großer Teil der Juden mit seinen Gedanken in Jerusalem weilt. Ihre Dichter, vom König David bis zu den modernen jüdischen Dichtern, singen alle von der Liebe zur alten Heimat. Noch heute halten die Ruinen der alten Tempelmanern in Jerusalem von den Klagen der dort befindlichen Juden wider. In das Gestein sind Laufenden von alten Nadeln eingemauert, als Zeichen des Gedenkens, und unzählige Kerzen werden hier zur Erinnerung an die alte Herrlichkeit des zerstörten jüdischen Tempels angezündet. Aber wenn man die Treppen hinter der Tempelmaner emporsteigt, um zu der Straße Davids zu gelangen, stößt man auf Araber, die keinen anderen Wunsch haben, als dieses schöne Land allein zu besitzen.

Die ersten Aufstände hat Sir Herbert Samuel, der im Auftrag des Völkerbundes die Verwaltung Palästinas übernommen hat, niedergeworfen. Es herrschte dann Ruhe, aber es war die Ruhe vor dem Sturm. In einzelnen Orten verweigern die Araber den Juden rundweg den Zutritt und die Niederlassung. Sie erkennen nur die Tatsache an, daß die Juden Heimatrecht erhalten haben, aber weiter auch nichts. Es gibt jetzt in Palästina 30 Orte und 42 kleinere Ansiedlungen mit jüdischer Bevölkerung. Jeder Bauer hat etwa sechs englische Acker Land, und manche Acker werden von mehreren Besitzern gemeinsam bebaut. Im ganzen wohnen augenblicklich etwa 80 000 Juden in Palästina, von denen wohl 30 000 Zionisten sind. Es ist in Palästina Platz für alle Religionen, das ist sicher, aber sehr unangenehm kann der in letzter Zeit immer mehr geltend machende bolschewistisch-russische Einschlag werden. Doch das ist ein besonders böses Kapitel, das besonders zu behandeln wäre. . . .

Millionär-Städte.

Die Wanderung der großen Vermögen.

Vor dem Weltkriege gab es in Zürich, der wohlreichsten Stadt der Schweiz, 34 Millionäre; das heißt Leute, die ein Vermögen von mindestens einer Million besitzen. Jetzt aber beherbergt Zürich 344 Millionäre, von denen eine größere Zahl ein Vermögen von über fünf Millionen ihr eigen nennt, und etliche über mehr als zwanzig Millionen verfügen. Durch den Krieg und seine Folgen hat sich also die Zahl der Millionäre in Zürich vervielfacht. Leider ist bisher noch nicht festgestellt, woher alle diese neuen Reichen gekommen sind. Die Schweiz allein hat sie schwerlich hervorgebracht. Sicher haben andere Länder dabei wieder geholfen, und Deutschland namentlich dürfte zur überraschenden Vermehrung der Züricher Millionäre erheblich beigetragen haben. 344 Millionäre nach dem Kriege gegen 34 vor dem Kriege, das wirft ein grelles Licht auf Kriegsgewinner und Schieber. Eine derartige Zunahme an reichen Leuten ist erstaunlich und nur durch die ungeheuerlichen Ereignisse der letzten zehn Jahre zu erklären. Aber lediglich diese Zunahme ist das Auffallende; in dem Vorhandensein von 344 Millionären in einer größeren Stadt ist etwas Verblüffendes nicht zu finden.

In der Schweiz haben aus naheliegenden Gründen von Alters her viele reiche Leute gelebt. Die Millionäre wählten aber früher nicht das durch Gelerbtheit und Handel geräuschvolle Zürich zu ihrem Aufenthaltsort, sondern zogen das ruhigere Basel und das schöner gelegene Genf vor. Schon vor zwanzig Jahren gab es in Basel 173, in Genf 216 Millionäre. In Deutschland hatte man in jenen Tagen keinen Anlaß, auf die Wohlhabenheit neiderwärts zu blicken. Auch in deutschen Landen gab es gar manchen mit Millionären gesegneten Ort. Die 216 Millionäre, die Genf in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts zählte, konnten zum Beispiel Wiesbaden, das um dieselbe Zeit in seinen Steuerlisten 208 Millionäre führte, nicht sonderlich zur Bewunderung hinreizen. Nach Wiesbaden zeichnete sich Bonn durch eine stattliche Zahl von Millionären aus. Die Millionär-Städte waren ferner Frankfurt a. M. und Köln. Eine besondere Rolle unter den Millionär-Städten spielte Berlin mit einigen seiner westlichen Vororte. Als das von Rentnern bevorzugte Wiesbaden von 208 Millionären Abgaben erheben konnte, hatte das eigentliche Berlin über 1300 und Charlottenburg allein 381 Millionäre. Verhältnismäßig noch größer war die Zahl der Millionäre in Wilmersdorf, von der Kolonie Grunewald zu schweigen. Und diese Entwicklung machte reichende Fortschritte. In Berlin wuchs die Zahl der Millionäre langsam, um so schneller wuchs sie in Charlottenburg und Wilmersdorf, weil die reichen Leute aus Berlin wegzogen und sich in seinen westlichen Vororten ansiedelten. Ursprünglich war Frankfurt a. M. die reichste Stadt in Preußen; dann wurde es Wiesbaden, noch später Charlottenburg und in den letzten Jahren vor dem Kriege war Wilmersdorf diejenige Stadt in Preußen, die im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl die meisten Millionäre hatte.

Nach den amtlichen Feststellungen gab es im Jahre 1914 in Preußen nicht weniger als 9789 steuerpflichtige, die ein Vermögen von mehr als einer Million Mark besaßen. Wie wird die nächste derartige Statistik, die sich künftig auf das ganze Deutsche Reich beziehen wird, ausfallen? Wie viele Millionäre werden wir nach dem Kriege und seinen Folgeerscheinungen haben? Wohin haben sich die Gewinne gewandt? Wie viele Millionen sind durch Steuern und Abgaben aufgezehrt worden, und wie viele haben sich ins Ausland geflüchtet? Sollte diese Zahl der Millionäre, die in Deutschland anzutreffen sind, ob „noch“ oder „schon“, kann dabei außer acht bleiben, auffallend geringer sein, so wird man zur Erklärung nicht nur an den Wandel der Zeiten, sondern auch daran denken müssen, daß allein in Zürich die Zahl der Millionäre sich verzehnfacht hat.

Bermischtes.

Gefährdete Testamente. Von den Deutschen, die in großer Eile aus dem jetzt von den Polen besetzten Gebiet abgereist sind, haben wohl die wenigsten daran gedacht, ihre Testamente und Erbverträge, die sie dort bei Gericht aufbewahrt haben, herauszuverlangen. Imfolgedessen dürfte für viele wissenswert sein, daß nach dem deutsch-polnischen Abkommen deutsche Erblasser bis zum 31. Dezember 1921 den Antrag stellen können, das Testament bei einem im jetzigen Gebiete des Deutschen Reiches liegenden Amtsgericht zu hinterlegen. Da die Erben einmal große Schwierigkeiten mit der Herbeischaffung des Testaments haben könnten, wird dringend empfohlen, von diesem Recht, und zwar bald, Gebrauch zu machen.

Bitte um Unterbringung von Flüchtlingen. Der Flüchtlingszentrale Ost ist vom Roten Kreuz die Unterbringung der Flüchtlinge aus den an Polen abgetretenen deutschen Gebieten übertragen. Einigermassen schwierig gestaltet sich die Unterbringung verheirateter Leute mit Kindern unter 14 Jahren, wovon tüchtige Landarbeiter, Gärtner, Schweizer, Stellmacher und Gutsmacher täglich zur Vermittlung verfügbar sind. Ebenso übertrifft bei den Flüchtlingen das Angebot von landwirtschaftlichen Beamten weit die bisherige Nachfrage, obgleich sich viele von ihnen als frühere Kleinrentner gern praktisch mit betätigen. Die Hauptstelle für Arbeitsnachweis der Flüchtlingszentrale Ost in Frankfurt a. O. wendet sich daher an alle landlichen Kreise mit der dringenden Bitte, die Unterbringung verheirateter Flüchtlinge angegebener Berufe zu unterstützen. Auch Handwerker können nachgewiesen werden, sofern Gelegenheit zur Ausübung des Berufes geboten ist.

▲ **Glänzender Amstift.** „Wird in einer Urkunde eine andere, auch wenn diese nicht unterschrieben oder doch anderen beigefügt ist, derart Bezug genommen, daß die bezug genommene Urkunde als wesentlicher Teil der in Bezug nehmenden gelten kann, so ist nach anerkannter Verwaltungsübung bei der stempelrechtlichen Beurteilung dieser Urkunde der Inhalt der andern als eines Teils von ihr mit heranzuziehen.“ Dieser hervorragende schon Satz, der der Nachwelt erhalten zu werden verdient, stammt vom 3. Mai 1921 datierte amtliche Bekanntmachung des — Preussischen Finanzministeriums dar. Wie wäre es mit einem Ministerium für Sprachreinigung und Stilverbesserung.

* **Amerikaner** im Besitz des Goldbestandes der Welt. Chicago Tribune teilt aus Washington mit, daß nach Erklärungen des Schatzmeisters der gesamte Goldbestand der Vereinigten Staaten in privater und öffentlicher Hand gegenwärtig annähernd dreieinhalb Milliarden Dollars betrage. Das seien etwa zwei Drittel des gesamten Goldvorrates der Welt.

Freiburger Wochenmarkt vom 29. Juni

Bei mäßigem Angebot und feiter Stimmung waren Preise nur wenig verändert. — Hüllensächte feil, Naps bei schwachem Angebot höher, Leinwand und Seuffland feil.

Amliche Notierungen: Weizen 154 M., Roggen 140 M., Hafer 135 M., Gerste 135 M., Naps 470 M., Leinwand 450 M., Seuffland 280 M., Hanf 60—64 M., Maaßstroh 52—56 M., Breßlarer 32—36 M., Reimschroth 26—30 M., Aedes feil 100 M.

Michtamliche Preise: Rüböl stehen feil, 150—160 M., gelbe u. grüne Erbsen feil, 140—140 M., Futtererbsen 100—110 M., Gerstschrotten: schwach Umlag, 130—140 M., Weizenbrot feil, 105—115 M., Weizenmehl feil, 110—115 M. Weizen ausreichend angeboten, 90—95—100 M., Hüllensächtemenge schwer verkäuflich, Napsen bei ausreichendem Angebot in mehreren Qualitäten ruhig, feine gelbe feilend, 60—65 M. feinste darüber, 65—70 M. 45—60 M. Futtererbsen 30—40 M. Erbsen 100—108 M., feinst darüber. Alles für 50 M. Braut feil Preise nach dem Stande der Saison. Feuchtschinken etwas mehr angeboten. Rostler, Schweinefleisch und Maaßgräber in feinsten Ware und Innereisler in heller Farbe gefragt. Gerstschrotte schwacher Umlag. Rindfleisch, Buchweizen, Rotteln gefragt. Innereisler neuer Ernte am Markt. Futtermittel feil schwacher Kauflust.

**Wegen
Gutsverkauf!**
**1 Bang Buzerei-
dreschmaschine,**
N. 27 D, Schlagl.
Entgr. doppelte Mei-
nungang.
**1 15 PS. Dreh-
strommotor,**
i Moq., kompl. ganz
erhöchlich unter Preis
abzug. Beide Masch.
sind neu u. ungeb-
reicht.
**Freight II Bruch
(Kr. Neumarkt)**

Ware.	Wittich, 22 6.	Weisse, 25. 6.	Pattkorn 23. 6.
100 Rie Roggen	154,—	154,—	154,—
100 „ „ Roggen	140,—	140,—	140,—
100 „ „ Gerste	135,—	135,—	135,—
100 „ „ Hafer	135,—	135,—	135,—
100 „ „ Erbsen	—	—	—
100 „ „ Kartoffeln	66,—	68,—	70,—
100 „ „ Stroh	36,—	32,—	40,—
100 „ „ Heu	46,—	42,—	52,—
1 „ „ Butter	36,—	36,—	38,—
1 „ „ Roubel Eier	16,50	15,—	18,—